

— Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 16.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 14. bis 20. April 1916.

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 25. April 1916.

Inhalt: Zur Rede des Reichskanzlers, S. 347–352. — Zur Rede Asquiths, S. 350, 361, 367. — Zukunftsarbeit, „Kurjer Póznański“, S. 352. — Zur Haltung Großpolens, S. 353. — Zur Veruswahl, „nüchtern und nützlich“, S. 354. — Versammlung des Vereins der Freunde der Wissenschaft, S. 355. — Der hygienische Verein in Posen, S. 357. — Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen, S. 357. — über den Standpunkt der „Gazeta Grudziódzka“, „Geistreiche Kunststücke“, S. 359. — Konkurs der Volksbank in Thorn, S. 360. — über das polnisch-russische Verhältnis, S. 361. — Mit Rußland oder den Zentralmächten, S. 361. — Zur römischen Frage, S. 362. — „Kurjer Słonki“ und „Gazeta Ludowa“ über die Nationaldemokratie, S. 362. — Die Ukraine, S. 363. — „Wiarus Polski“: Wer darf namens der Polen sprechen? S. 364. — Aus Warschau, S. 365. — Einführung von Lebensmitteln aus Amerika nach Polen, S. 366. — Der Papst an die polnischen Bischöfe, S. 367. — Zur Einigung zwischen Nationalkomitee und Polenklub in Galizien, S. 368, 369. — über die Reise Dmowski, S. 370. — England und die polnische Frage, S. 371. — Ein Bulgare über die polnische Frage, S. 372. — Polnisches Komitee in Stockholm, S. 372.

Preßstimmen zur Rede des Herrn Reichskanzlers.

Aus Nr. 85 des Wielkopolanin (Posen)
vom 12. April 1916.

Der deutsche Reichskanzler über Polen.

Berlin.

Die Worte des Reichskanzlers betreffend Polen, welche stark hervorhoben, daß Deutschland die Rückkehr des russischen Tschinownik nach Polen nie zulassen werde, haben einen gewissen Eindruck gemacht.

Die polnische Presse in den russischen Gebiets teilen, welche sich einstweilen gastweise in Petersburg, Moskau, Kiew und Odesa aufhält, hat niemals großen Glauben an die schwindelhaften, heuchlerischen, illusorischen und abgegriffenen Versprechungen Rußlands verraten. Die Worte betreffend das zukünftige Los Polens sind jetzt ausgesprochen worden, und man versteht sie dahin, daß das unterdrückte Land werde von dem russischen Joch befreit werden dank einem durch die Garantien der starken und siegreichen Armeen der Zentralmächte unterstützten Willen. Und es gibt hier keine Wege zu politischen Ausflüchten mehr; das polnische Land wird, wie der Herr Reichskanzler versichert, befreit werden und niemals mehr zu Rußland zurückkehren. Dafür, daß es so und nicht anders sein wird, sind hinlängliche Bürgschaften die vollzogenen Tatsachen und Handlungen, die keineswegs auf dem Gebiete der Träumerei, der Wahngebilde und der Einbildung liegen.

Ganz offenbar haben das die Russen selbst eingesehen, welche die Angelegenheit der Aufhebung der Beschränkungen für die Polen ad calendas graecas verschieben, von der Voraussetzung ausgehend, daß man Beschränkungen für polnische Lande, die man nicht besitze und auch nicht mehr besitzen werde, auch nicht aufheben könne. Der letzte Versuch, die russische Meinung in der polnischen Frage zu sondieren, war die Rede des ganz unnötig vor Rußland kriechenden Abgeordneten Garuszewicz betreffend Bezeugung irgend welcher Gnaden den Polen gegenüber. Seine Worte wurden mit Schweigen und höhnischem Lächeln des neuen Ministerpräsidenten und des Pseudovertheidigers der Polen, Fürsten Wolkonski abgefunden; zuletzt warf

man den polnischen Dumaabgeordneten noch einen Brocken Hoffnung hin, indem man ihnen versprach, verschiedene Beschränkungen in manchen polnischen Landesteilen aufheben zu wollen.

Mag sich Rußland keine Mühe geben! Das vom Kanzler im Verhältnis zu Rußland vorgezeichnete Programm kennzeichnete stärker als mit Bezug auf England und Frankreich die sehr deutliche Ankündigung, daß die Beschränkungen, die Bedrückung, das Mitfüßentreten der Rechte in Polen werden aufgehoben werden, aber nicht mehr seitens Rußlands.

Der Dumaabgeordnete Michael Lempicki konnte, wie wir in der „Neuen Freien Presse“ lesen, nach erfolgter Durchsicht der Reichskanzlerrede sich folgender Äußerung nicht enthalten:

„Aus der Rede des Reichskanzlers leuchten die Kraft der Überzeugung, das Bewußtsein der Ziele und der Gerechtigkeit der Sache hervor. Der heutige Krieg ist im Grunde genommen das Ergebnis und die unvermeidliche Folge der Vergewaltigung der natürlichen, sozialen und nationalen Rechte. Die Befreiung der von Rußland unterdrückten Völker ist das einzige Mittel, um die Begehrlichkeit der Russen und ihre Gelüste zu brechen. Die Versicherung des Kanzlers, daß die Mittelmächte die polnische Frage gemeinsam lösen würden, bietet den Polen die Bürgschaft dafür, daß diese Lösung entsprechend ihren gerechtfertigten Forderungen und Lebensinteressen erfolgen wird. Es ist verständlich, daß bei der engen Verbindung der beiden Mittelmächte die deutsche Lösung keine andere, als die österreichische sein kann, und aus diesem Grunde erblicken auch die Polen, welche in der Zukunft Österreichs und in dessen ganzer Struktur eine unverbrüchliche Bürgschaft für die Erfüllung ihrer Ziele sehen, in der Ankündigung des Reichskanzlers eine wahre Botschaft der Befreiung. Das polnische Volk, das stets zu Opfern bereit ist, die darauf abzielen, sich eine bessere Zukunft zu sichern, erwartet mit Ruhe die nähere Kennzeichnung der realen Formen dieser Lösung.“

Diese Worte sprach ein Dumaabgeordneter aus, der die polnischen Verhältnisse unter der russischen Herrschaft doch wohl genau kennt und weiß, welchen Wert man den unablässigen Ankündigungen der russischen Regierung sowie den heuchlerischen Worten des heutigen kaukasischen Statthalters Nikolaus Nikolajewicz beimessen kann, welcher die Autonomie

Polens erst inmitten des Donners, der die Hindernisse der Warschauer Befestigungen zermalmenden deutschen Kanonen verkündete und erst dann alles versprach, als die Zeit gekommen war, am Vorabend der Abreise aus Polen für immer das Bündel zu schnüren.

Die deutsche Presse nimmt den sich auf Polen beziehenden Worten des Kanzlers gegenüber einen wohlwollenden Standpunkt ein und billigt seine Absichten betreffend die Verleihung der Freiheit an unser Volk. Sehr deutlich spricht sich darüber das „Berliner Tageblatt“ aus, indem es sich mit den auf das zukünftige Los der Polen, Balten, Letten und Litauer beziehenden Ausführungen ohne Vorbehalt einverstanden erklärt. Es sagte unter anderem folgendes:

„Man kann nicht behaupten, daß die Polen, Balten, Letten und Litauer bis jetzt selbständige und an Selbständigkeit gewohnte Völker waren. (Von den Polen kann man dies nicht sagen — dies hätte das „Berliner Tageblatt“ doch wissen müssen.) Für diese Volksmassen bedeutet das von Bethmann-Hollweg angekündigte Los nicht Knechtschaft, sondern Befreiung aus derselben.“

Alle anderen, den verschiedensten Parteifarbungen und Richtungen angehörenden deutschen Zeitungen beschränken sich darauf, diese bezeichnende Ankündigung zu zitieren, und indem sie dieselbe wohlwollend begrüßen, enthalten sie sich im übrigen vorläufig näherer Kommentare. (Wat.)

(Diesen von dem Wat-Büreau versandten Artikel hat außer dem „Więkopolanin“ nur noch die „Gazeta opolska“ gebracht. Red. d. Gef. Ab.)

Aus Nr. 90 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 18. April 1916.

Zur Reichskanzlerrede.

meint der Kurjer:

„Es ist das, wie wir gleich nach der Rede des Kanzlers bemerkten, ein negatives Programm, dessen Inhalt, soweit er die polnische Frage betrifft, darauf hinausläuft, daß Deutschland und Österreich entschlossen seien, die Gestaltung des polnischen Problems in ihre Hände zu nehmen, und zwar nach der Richtung der Beseitigung des russischen Regiments aus dem Königreich und aus den daran stoßenden Ländern hin. Die positive Seite dieses Programms, welche die Frage enthält, welche politische Gestalt die Mittelmächte den besetzten polnischen Landen zu geben gedenken, bleibt bisher offen. Wann und unter welchen Bedingungen die Mittelmächte auch in dieser Hinsicht ihre Absichten zu enthüllen gedenken, ist schwer zu sagen.“

Nach ziemlich sicheren Informationen, die in mutmaßender Form auch Herr Theodor Wolff in seinem letzten Montag-Artikel in den Spalten des „Berliner Tageblatts“ bestätigt, wurde auch die polnische Sache in den Beratungen zwischen dem Reichskanzler und dem österreichisch-ungarischen Minister des Innern, Baron Burian, zur Sprache gebracht, der dieser Tage in Berlin weilte. Über Inhalt und Ergebnisse dieser Beratung ist natürlich nichts bekannt. Dagegen macht Herr Wolff bei dieser Gelegenheit über die Art und Weise der Lösung der polnischen Sache eine Bemerkung, welche hervorgehoben zu werden verdient. Er sagt nämlich, man könne sich eine völlig glückliche und befriedigende Gestaltung der polnischen Frage schwer vorstellen; eins jedoch müsse festgestellt werden, daß nämlich eine neue Teilung Polens das größte Unglück wäre, welches man sich vorstellen könne, und daß man diese Eventualität aus der Zahl der Möglichkeiten völlig ausschalten müsse. Der von Herrn Wolff berührte Punkt besitzt in der Tat für uns erstklassige Bedeutung, ganz unabhängig von der oder jener rechtlich-politischen Lösung der polnischen Sache.

Ob der leitende Redakteur des „Berliner Tageblatts“, das besonders in letzter Zeit eine ziemlich enge Fühlung mit der Regierung hatte, seine Überzeugung von der Unteilbarkeit der polnischen Lande auf Grund irgendwelcher offizieller Informationen ausspricht oder nicht, das wissen wir natürlich nicht. Es ist daher schwer, daraus irgend etwas über die tatsächlichen Absichten der Politik der Zentralmächte zu schließen. Die Forderung der Unteilbarkeit der polnischen Lande bewegt sich jedenfalls auf der Linie, auf welcher sich die Wünsche der Polen bewegen, daß möglichst die Gesamtheit der polnischen Lande, über deren Geschichte das Ergebnis des Krieges entscheiden wird, sich in einem homogenen politischen Organismus befinde.

Der Kanzler ist, wie hervorgehoben werden muß, in seiner Rede noch nicht bis zu der Forderung gegangen, die Herr Wolff in seinem Artikel formuliert. Der Kanzler hat es bei der Befreiung der Polen, Balten, Litauer und Letten von der russischen Herrschaft bewenden lassen. Natürlich ist in den Worten des Kanzlers nicht die sentimentale Absicht, jene Nationen mit Freiheit und Ungebundenheit zu beglücken, zu erblicken. Der Kanzler halt hier zweifellos nichts anderes gesagt, als das, was nach seinem Dafürhalten das reale Interesse Deutschlands diktiert. Zweifellos auch im Sinne des Kanzlers sagt Herr Wolff in dem erwähnten Artikel, es sei nicht die Mission Deutschlands, irgendwelche Nationen zu befreien.

Eben von diesem Gesichtspunkt aus kritisieren jedoch die „Alldeutschen Blätter“ die Rede des Kanzlers, indem sie ihm als das in seiner Rede offenbarte Ziel das rein ethische Ideal der Befreiung der Polen und der übrigen Nationen von Rußland unterschieben. Das alldeutsche Organ wendet sich entschieden dagegen und sagt, in der Lostrennung dieser Nationen von Rußland müsse nur ein Mittel zu dem Zwecke erblickt werden, der durch die eigenen deutschen Notwendigkeiten diktiert werde, und daraus ergeben sich auch, wie die „Alldeutschen Blätter“ bemerken, die besonderen Anschauungen dieses Organs bezüglich der Zukunft dieser Völker, Anschauungen, die sich von den Ansichten des Herrn v. Bethmann-Hollweg in dem Grade unterscheiden, in welchem man die eigenen persönlichen Erfordernisse des deutschen Volkes vor alle übrigen zu stellen hat.

Wir haben schon hervorgehoben, daß wir Herrn v. Bethmann-Hollweg schwerlich des politischen Sentimentalismus beschuldigen dürfen. Die „Alldeutschen Blätter“ tun dies jedoch, und hinter ihnen steht zweifellos die Meinung der deutschen Kreise, deren Ausdruck dieses Organ ist. Das „polnische“ Programm des Herrn v. Bethmann-Hollweg ist somit auf die Gegnerschaft eines Teiles der deutschen politischen Meinung gestoßen. Und damit muß man rechnen.

Aus Nr. 16 der Praca (Posen)
vom 16. April 1916.

Die polnische Frage.

Die Entstehung der polnischen Frage datiert man gewöhnlich von der Zeit der Teilungen. Man darf jedoch glauben, daß das polnische Problem älter ist, als die Teilungen, und daß die Teilungen der Versuch einer gewaltsamen Regelung dieses Problems waren. Dieser Versuch ist nicht gelungen. Die polnische Frage hat sich verschärft, sie spulte während der ganzen Dauer der napoleonischen Kriege, bis sie, durch das Schwert nicht gelöst, als einzige europäische große Frage auf die Tagesordnung des Wiener Kongresses gelangte. Wie sie vorher das Schwert nicht erledigt hat, so haben sie jetzt die diplomatischen Verhandlungen nicht gelöst. Die Schaffung Kongreß-Polens hat sie gemildert, aber nicht gelöst. Die russische Bedrückung gab ihr die frühere Schärfe zurück und führte zweimal zu bewaffneten Aufständen.

Auch die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts unter den europäischen Völkern herrschende freiheitliche Gärung schürte die polnischen Emanzipations-Bestrebungen. Die polnische Frage, von den Parlamenten und Kabinetten in den Vordergrund gestellt, war eine europäische Frage in vollem Sinne des Wortes. Erst nach dem Mißlingen des letzten Aufstandes schloß die offizielle Diplomatie die Akten der polnischen Frage. Von jetzt ab tritt die polnische Frage von der Bökande der offiziellen Probleme ab und verengt sich — scheinbar — zu den bescheidenen Umfängen einer inneren Angelegenheit jedes der Teilstaaten. In Österreich verschwindet sie sogar als solche völlig dank der versöhnlichen und gerechten Politik des Kaisers Franz Joseph.

(Jedoch besteht trotz dieser scheinbaren Reduzierung des europäischen Charakters der polnischen Frage das polnische Problem, es wird immer brennender und beunruhigender und scheint nur den geeigneten Zeitpunkt abzuwarten, um sich der Welt in dem ihr eigenen und womöglich internationalen Charakter von neuem zu offenbaren).

Dies ist im Augenblick des Ausbruchs des gegenwärtigen Kriegs geschehen, in dem Augenblick, als die drei Großmächte, die von der Geburt der polnischen Frage an ihrer Lösung arbeiteten, mit den Waffen in der Hand gegen einander auftraten.

Ein Krieg Deutschlands und Österreichs einerseits und Rußlands andererseits kann sich nur auf polnischem Gebiet abspielen. (Diese Notwendigkeit mußte durch die Macht der Tatsache die polnische Frage in ihrem wahren internationalen Charakter von neuem in Fluß bringen. Und das ist geschehen.

Es ist daher klar, daß einer der wichtigsten Punkte der zukünftigen Friedensverhandlungen das polnische Problem sein wird.)

Dies folgt aus der letzten Rede des Reichskanzlers, welche die Frage Polens an erster Stelle nennt.

Die Verdrängung der Russen aus dem Königreich Polen ist ein entscheidendes Ereignis für dieses Land, ein Ereignis von unermesslicher geschichtlicher Tragweite, und zwar nicht nur für die dieses Land bewohnende Bevölkerung, nicht nur für die polnische Nation, sondern für ganz Europa, in erster Reihe für die Teilmächte, welche nächst den Polen selbst an dem Schicksal Polens am lebhaftesten beteiligt sind.

(Es ist geschehen, was mit Sehnsucht ganze Geschlechter polnischer Patrioten erwarteten, es kam der von dem größten polnischen Dichter ersehnte Völkerkrieg und hob auf seine mächtigen Schultern die polnische Frage. Nicht die Polen haben sie in Fluß gebracht, weder Deutschland noch Österreich hatten, wie der Reichskanzler bemerkte, die Absicht, sie aufzurollen, um so weniger wollte sie natürlich Rußland wachrufen. Sie ist dank ihrer immanenten Kraft an die Oberfläche gekommen, und die äußere Ursache dieser weittragenden und glücklichen Tatsache war der Ausbruch des europäischen Krieges). Die Einnahme der polnischen Lande aber durch die deutschen und österreichischen Heere legt das Schicksal dieser Lande und der sie bewohnenden Völker in die Hände der Zentralmächte.

In welchem Geiste nun beabsichtigen diese Staaten ihre hohe Aufgabe zu erfüllen, welche die Vorsetzung ihrem Gewissen auferlegt? Die Antwort gibt uns die Rede des Reichskanzlers. Wir erfahren aus ihr, daß „Deutschland und Österreich-Ungarn die polnische Frage lösen müssen und werden“, daß „sie die von ihnen eroberten Lande zwischen der Ostsee und den Sümpfen Wolhyniens dem reaktionären Rußland nicht ausliefern werden“; daß „es ein Polen, auf welchem der russische Tschinownik es plündernd und ausaugend seinen Fuß hielt und welches der Kosak brennend und sengend verließ, daß es nach dem Kriege ein solches Polen nicht mehr geben wird“.

Auf die peinigende Frage, wie denn das zukünftige befreite Polen aussehen werde, gibt die Rede des Reichskanzlers leider keine Antwort, sie zeichnet nur die Grundlinien, geht aber auf Einzelheiten des Bildes nicht ein. Wir erfahren nicht, welches die weiteren Absichten dieser Mächte gegenüber den annektierten Landen und Völkern sind. In diesem Punkte bleibt für Vermutungen ein breiter Raum. Es wurde jedoch ein großes Wort ausgesprochen, nämlich, daß die Mittelmächte die polnische Frage lösen „müssen“, und das zweite, daß sie sie „lösen werden“. Wer aber etwas tun „muß“, kann die gegebene Tat ohne eigenen Schaden nicht unterlassen. Wer aber die Lösung irgend eines Problems ankündigt, darf sich nicht auf eine halbe, auf eine Pfscherarbeit beschränken. Eine gemilderte Frage hört nicht auf eine Frage zu sein, und solange eine Frage besteht, besteht auch die Möglichkeit ihrer erneuten Verschärfung. Eine Lösung aber beseitigt die Frage. Das ist der wesentliche Unterschied. Nur eine solche Regelung einer gegebenen Frage kann als ihre Lösung gelten, und was noch wichtiger ist, einen realen Wert haben, welcher nicht nur die diese Lösung ausführende Seite, sondern auch die zweite Seite, welche sozusagen der Gegenstand dieser Operation ist, in einen befriedigenden Zustand versetzt.

(Wer also von der „Lösung“ der polnischen Frage spricht und das Minimum der polnischen Aspirationen kennt, ohne deren Berücksichtigung man von einer Verständigung nicht träumen kann, akzeptiert sozusagen die Bedingungen eines Ausgleichs).

Dies scheint logisch zu sein.

Ob diese optimistische Schlussfolgerung berechtigt ist oder nicht, ob hier wiederum eins der tragischen Mißverständnisse vorliegt, an denen die Geschichte der polnisch-deutschen Beziehungen sehr reich ist, — muß die Zukunft zeigen. Das bisherige Verhalten der Mittelmächte im Königreich Polen, aus welchem hervorgeht, daß sie dieses Land als polnisches Land betrachten und deshalb der polnischen Sprache in Schulen und Behörden die ihr gebührenden Rechte einräumen, — unterstützt die optimistische Auffassung über die Angelegenheit der Lösung der polnischen Frage in diesem Lande. (Die Kardinalbedingung der Regelung dieser Angelegenheit ist nämlich die absolute Anerkennung der Rechte der Bevölkerung auf ihre Sprache, ihrer Rechte auf die Pflege und den Ausbau der nationalen Kultur, was ohne politische Freiheit und ohne die Möglichkeit, über ihre Bedürfnisse zu bestimmen, in vollem Maße zu bewerkstelligen unmöglich ist).

Wir wissen, daß die Mittelmächte, sobald sie an die Regelung der polnischen Frage herantreten werden, — um uns so auszudrücken — so verteuftelt mächtig sein werden (ist doch die Voraussetzung der Möglichkeit einer Inangriffnahme dieser Angelegenheit durch die Mittelmächte ihr Sieg), daß sie Polen die Bedingungen werden diktieren können. Das wäre jedoch nicht „die Lösung“ der polnischen Frage, die der Kanzler ankündigt und als unerlässlich anieht, als unerlässlich nicht so sehr mit Rücksicht auf die Polen, als mit Rücksicht auf die vitalsten Interessen der Mittelmächte selbst. In diesen Interessen — nicht in irgend einer Sentimentalität — sollten die polnischen Interessen — dem Gedanken des Reichskanzlers folgend — den erfolgreichsten Schutz finden. Die Gemeinsamkeit der Interessen sollte die Grundlage für die beiderseitigen Beziehungen schaffen).

Indes scheint es zur Verwirklichung dieser Absichten noch weit zu sein. Wer da glaubte, die Rede des Reichskanzlers werde eine Art Vorspiel zum Beginn von Friedensverhandlungen sein, hat sich bitter getäuscht. Die Rede hat auf der Gegenseite eine nicht minder feindselige Aufnahme gefunden, als die vorherige Rede, in welcher der Reichskanzler sich bereit erklärt hatte, ihm vorgelegte Friedensbedingungen

einer Prüfung zu unterziehen. Der Krieg tobt mit erhöhter Heftigkeit weiter, und kein Zeichen am Himmel und auf Erden kündigt seine Abenddämmerung an...

(Die eingeklammerten Sätze sind von der Zensur gestrichen worden.)

Aus Nr. 86 des Dziennik Kujawski (Hohensalza)
vom 13. April 1916.

Zur letzten Rede des Ministerpräsidenten Asquith in London meint das Blatt:

Diese Rede hat zweifellos einen doppelten Zweck. Sie soll gegenüber der französischen öffentlichen Meinung nicht nur die englische Einigkeit bezüglich der Kriegsziele der Verbündeten dartun, sondern auch den unerschütterlichen Willen zum Durchhalten, bis die Ziele, die dem Vierverband voranleuchten, sich verwirklichen werden, zum Ausdruck bringen. Auf der anderen Seite ist diese Rede ihrem Inhalt nach gleichzeitig eine Antwort auf die Rede des Reichskanzlers. Indem wir sie lesen, werden wir in unserer Überzeugung, der wir bei der Besprechung der Stimmen der ausländischen Presse über die Rede des Kanzlers Ausdruck verliehen, nur bestätigt. Zu groß ist noch die Kluft zwischen den beiden Parteien, als daß sie, um Friedensverhandlungen anzubahnen, schon heute überbrückt werden könnte. Hier müssen noch die Waffen sprechen, ehe für Friedenswünsche, die zweifellos bestehen, ein geeigneter Boden geschaffen wird. Lassen wir uns deshalb von den Stimmen, die die Möglichkeit eines baldigen Friedens prophezeien, nicht täuschen. Die politisch-diplomatische Stimmung der verantwortlichen Kreise beiderseits wird nicht eher in der Richtung nach dem Elzweig blicken, bis die Lage auf den Schlachtfeldern Bedingungen schaffen wird, denen gegenüber der einzige und natürliche Ausweg nur der Friede sein kann.

Aus Nr. 87 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 14. April 1916.

Die Antwort Asquith's.

Die Rede, die Herr Asquith bei dem zu Ehren der in London eingetroffenen französischen Parlamentarier gegebenen Festessen hielt, hat in der ganzen Welt einen großen Eindruck hervorrufen müssen, da die Ausführungen des englischen Ministerpräsidenten gewissermaßen eine Antwort auf die in der vergangenen Woche von dem deutschen Reichskanzler Herrn v. Bethmann-Hollweg gehaltene Rede waren. Auch die deutsche Presse versteht die Ausführungen des englischen Staatsmannes mit längeren Kommentaren, wobei die Blätter aller Parteirichtungen übereinstimmend ziemlich weitgehende Schlüsse aus ihnen ziehen. Während nämlich allgemein die Meinung vorherrscht, daß zwischen den Kriegszielen der deutschen und der englischen Regierung eine unüberbrückbare Kluft besteht, liegt bei den Stimmen der deutschen Presse über die Rede Asquith die Vermutung nahe, als ob in gewissen grundsätzlichen Punkten England heute nicht abgeneigt wäre, mit Deutschland in einen Meinungsaustausch einzutreten.

Aus den Worten, die der Reichskanzler sagte, ging allerdings unzweideutig hervor, daß, so lange die gegnerische Partei bei ihrer Forderung der völligen Zerschmetterung Deutschlands bestehe, von der Anknüpfung irgendwelcher Verhandlungen zwischen Deutschland und England nicht einmal die Rede sein könne. Doch Herr Asquith bemüht sich anscheinend sehr dem vorzubeugen, daß seine Absichten in dieser Hinsicht falsch verstanden werden. Er erklärt, daß, als England und Frankreich zu den Waffen gegriffen haben, es nicht ihr Bestreben sein konnte, das nationale

Leben Deutschlands zu vernichten oder zu verunstalten und die Deutschen in ihrer Friedensstätigkeit zu stören.

Die im Vierverband vereinigten Staaten wollten nur verhüten, daß Deutschland, d.h. Preußen, in Zukunft „nicht andauernd die Nachbarn in militärischer Hinsicht bedrohe und über sie die Oberherrschaft ausübe. Das Ergebnis des Krieges solle der Grundsatz: gleiche Rechte für alle zivilisierten Staaten sein. Internationale Probleme sollten durch freie Unterhandlungen freier Völker unter gleichen Bedingungen gelöst werden, wobei ihre Entscheidungen nicht andauernd unter dem Einfluß einer Regierung stehen könnten, die sich immer unter der strengen Kontrolle einer nicht zahlreichen militärischen Kaste befinde“.

Das nennt Herr Asquith die Vernichtung des preussischen Militarismus. Diese Feststellungen, die fast ebenso so undeutlich, wie seine früheren sind, werden zur Klärung der Lage nicht viel beitragen. Die deutsche Volksgesamtheit, die in ihrer militärischen Macht die erste Bedingung für ihre Entwicklung und sogar für ihre Existenz erblickt, wird sich niemals freiwillig damit einverstanden erklären wollen, daß ihr in dieser Hinsicht von außen irgend welche Befehle oder auch nur Vorschriften aufgedrängt werden.

Als bessere Grundlage für eine etwaige Annäherung der Anschauungen kann man dagegen ohne übermäßigen Optimismus die Worte des Herrn Asquith, die Belgien betreffen, ansehen. Es ist allgemein bekannt, daß die Wiederherstellung der völligen Unabhängigkeit Belgiens für die ganze Koalition bisher eine der wichtigsten Bedingungen bei den künftigen Friedensverhandlungen ist. Aus der Rede des Herrn v. Bethmann-Hollweg scheint nun hervorzugehen, daß die deutsche Regierung entgegen den Wünschen der Nationalisten nicht darauf besteht, Belgien zu annektieren. Und hinter der Regierung steht in dieser Frage ein sehr bedeutender Teil der deutschen Volksgesamtheit. Aber auch hier gibt es noch eine Anzahl Punkte, zwischen der deutschen und englischen Regierung, die ihrer Lösung harren. Herr v. Bethmann-Hollweg tritt nicht nur mit Nachdruck für die nationale Entwicklung des flämischen Volksstammes ein, sondern er verlangt überdies „reale Garantien“, daß Belgien nicht mehr ein Vasall Englands und Frankreichs bleiben werde. Die Koalition dagegen fordert von Deutschland die finanzielle Entschädigung Belgiens für seine während des Krieges erlittenen Verluste.

Mithin treten sogar in dieser einen Frage, in welcher man zwischen dem Gesichtspunkt der deutschen und der englischen Regierung endlich eine schwache Brücke der Verständigung konstruieren könnte, Schwierigkeiten hervor, die augenblicklich anscheinend unbezwingbar sind. Geschweige denn alle übrigen Fragen, die weder vom Herrn v. Bethmann-Hollweg noch vom Herrn Asquith in ihren Reden berührt worden sind! Auffallen muß es, daß der englische Ministerpräsident fast gar nichts über die Kriegsziele erwähnte, die der Reichskanzler im Osten für Deutschland festgelegt hat. Es würde aber riskant sein, daraus weitgehende Schlüsse bezüglich der Haltung Englands gegenüber seinem russischen Verbündeten zu ziehen. Der gegenwärtige Krieg ist auf beiden Seiten ein Koalitionskrieg und in der Übereinstimmung der Interessen aller kriegführenden Staaten in den sich gegenüberstehenden Lagern liegt vielleicht die Hauptschwierigkeit für die Beendigung des heutigen blutigen Ringens. Auf seiten Deutschlands kämpft auch Bulgarien und die Türkei, auf seiten Englands Italien und Serbien.

Einen Ausgleich zu konstruieren, der wenigstens bis zu einem gewissen Grade alle Gegner befriedigen würde, erscheint heute ohne vorherige Entscheidung auf dem Kriegsschauplatz geradezu unmöglich. Der Zweikampf des deutschen Reichskanzlers und des englischen

Ministerpräsidenten in Worten kann teilweise dazu beitragen, die gegenseitigen Ziele und Absichten zu klären, aber die Friedensschalmeien, die in ihm die Optimisten zu vernehmen glauben, müssen vorläufig noch verstummen, gegenüber dem Donner der Geschütze und dem zu uns aus der Gegend von Verdun herüber-tönenden Gekirr der Waffen.

Aus Nr. 182 des Głos Narodu (Kraſau)
vom 16. April 1916.

Zur Reichskanzlerrede.

Das Kraſauer kirikale Blatt knüpft an die Wieder-gabe von deutschen, österreichischen und ungarischen Preßstimmen zur Reichskanzlerrede folgende Be-merkungen:

Der Standpunkt der galizischen Polen im gegen-wärtigen Kriege ist ein beredtes Unterpfand, daß wir die Lösung der polnischen Frage mit unerschütter-lichem Vertrauen auf den Staat abwarten werden, der uns unter seiner Regierung eine freie nationale Entwicklung gesichert hat und mit welchem uns die Tradition der Gerechtigkeit auf seiner Seite, der Loyalität auf unserer Seite verbindet. Es ist dies ein mächtiges Band, auf welchem sich jetzt das Blut polnischer Soldaten und polnischer Legionäre rötet. Daher stützt sich auch die Hoffnung, mit welcher wir in die Zukunft blicken, auf dieses unser erprobtes Ver-hältnis zu der österreich-ungarischen Monarchie und verleiht uns die Kraft, den heutigen Kataklismus zu überdauern in der Zuversicht, daß er für unsere Nation der entscheidende Augenblick für ein gutes und helles Schicksal ist.

Aus Nr. 102 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 11. April 1916.

Betrifft die Rede des Reichskanzlers.

Warschau, den 9. April 1916.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers, gehalten in der Mittwoch-Sitzung des deutschen Reichstages, wirft die polnische Frage bestimmter auf, als dies alle bisherigen Erklärungen getan haben. Sie hebt ihre Bedeutung hervor, macht aus ihr wohl das wichtigste Problem des gegenwärtigen Krieges.

Während der Reichskanzler auf der Westgrenze nur Belgien erwähnte, hinsichtlich dessen Deutschland es nur darum zu tun ist, daß es nicht weiter „ein fran-zösisch-englischer Vasallenstaat“ wäre, so sprach der Leiter der deutschen Politik von bedeutend weittragen-deren Veränderungen im Osten.

Ganz kategorisch erklärte Herr v. Bethmann-Hollweg, die Deutschen könnten nicht zulassen, daß die von ihnen und von ihren Verbündeten befreiten Völker zwischen der Ostsee und den wohnynischen Sümpfen dem reaktionären Rußland ausgeliefert würden.

Diese Erklärung begrüßen wir mit wahrer und lebhafter Be-friedigung. Die Rückkehr der Staats-gewalt und der Herrschaft Rußlands ängstigt uns wie ein drückender Alp. Wir alle atmen auch mit einem Gefühl der Erleichterung auf, wenn wir lesen, daß der Vertreter eines mächtigen Staats erklärt, er werde alle Macht aufbieten, um diese Rückkehr zu verhindern.

Das ist aber noch keine vollständige Erleichterung. Die Nachricht, daß die russische Gewalt und Bedrückung nicht mehr zurückkehren werden, ist sehr wichtig und an-genehm, aber sie kann uns nicht genügen.

Der deutsche Reichskanzler sagte: „Zum zweiten Mal wird Rußland seine Heere gegen die ungeschützten Grenzen Ost- und Westpreußens nicht mehr führen.“ Somit sollen die polnischen Lande des ehemaligen russischen Teilgebiets einen Schutzwall bilden. Kommt in dieser Äußerung das Streben der deutschen Politik nach Schließung eines Bündnisses mit uns, eines Schutz-bündnisses gegen den gemeinsamen mächtigen Feind zum Ausdruck?

Wenn dem so ist, so müßte die Sache klarer und bestimmter ausgedrückt werden. Wir erwarten mit Ungeduld das deutsche Pro-gramm in der polnischen Frage.

Zwischen dem polnischen und deutschen Volke liegt ein ganzes Meer von Mißverständnissen, von Groll und Abneigung. Das ist richtig, aber der gegenwärtige Krieg ist eine so mächtige Erschütterung der ganzen Welt, daß er stark genug ist, dieses Meer zuzuschütten und durch die Meerenge einer Verständigung die polnischen und deutschen Interessen zu verbinden, was sich bei gutem Willen auf vielen ge-meinsamen Gebieten tun läßt.

Der Reichskanzler hat sehr offen erklärt, Deutsch-land und Österreich-Ungarn hätten gar nicht die Absicht gehabt, die polnische Frage aufzurollen, sondern das Schicksal der Schlachten habe sie aufgerollt. Nachdem sie aber aufgerollt worden sei, müsse sie auch gelöst werden.

Diese Lösung muß aber so sein, daß der Friede, welcher diesen Krieg beenden wird, in sich keine Keime neuer Kriege trüge, — sind die eigenen Worte des Reichskanzlers.

Demnach muß der Friede den natürlichen Wünschen und Bestrebungen der Nationen gerecht werden. Er muß ihnen die Freiheit und Möglichkeit der nationalen und wirtschaftlichen Entwicklung geben. — Das ist die notwendige Bedingung eines solchen Friedens, von welchem Herr v. Bethmann-Hollweg spricht.

Diese Bedingung wird sich sehr leicht verwirklichen lassen, sofern die deutsche Politik wirklich mit der Er-klärung des Reichskanzlers, daß „Deutschland eine Vernichtung fremder Völker nicht erstrebt“, im Einklang stehen wird.

Wir wollen glauben, daß der gegenwärtige Krieg, welcher eine mächtige Erschütterung der ganzen po-litischen Zusammenfassung der Welt war, auch auf die Änderung der deutschen Politik radikal eingewirkt hat. Wenn aber diese Politik in der Tat nach dem Sinne der Rede des Reichskanzlers gehen wird, dann wird sie eine wahre Grundlage des zukünftigen Friedens werden, und die durch Polen geschützten deutschen Lande werden gegen eine russische Invasion völlig sicher sein.

B. Str.

Aus Nr. 87 des Kurjer Plocki (Plock)
vom 15. April 1916.

Zur Reichskanzlerrede bemerkt das Blatt:

Von den politischen Erklärungen der letzten Tage lenkt auf sich eine besondere Aufmerksamkeit die Rede des Reichskanzlers. Wie bekannt, haben sich bisher die deutschen diplomatischen Kreise über die Ziele und die Auf-gaben des gegenwärtigen Krieges noch nicht bestimmt geäußert. Die Rede des Reichskanzlers ist das erste bestimmte Hervortreten nach dieser Richtung hin. Der Reichskanzler weist in seiner Rede nicht nur die Ver-dächtigungen, daß die Deutschen infolge Erschöpfung bereit seien Frieden zu schließen, zurück, sondern er gibt sogar Richtlinien an, an die sich der deutsche

politische Gedanke bezüglich der bisher besetzten Gebiete halten soll. Der Leiter des Staatschiffes äußerte sich bezüglich Belgien dahin, daß von der Erhaltung des status quo ante in diesem Lande, das bisher ein englisch-französischer Lehnstaat war, nicht mehr die Rede sein könne. Das gleiche gelte für die im Osten besetzten Gebiete. Deutschland und Österreich hatten durchaus nicht die Absicht, die polnische Frage aufzurollen. Das Schicksal der Schlachten habe diese Frage, die jetzt von Deutschland und Österreich-Ungarn gelöst werden müßte und würde, aufgerollt. Die zwischen der Ostsee und den wolyhynischen Sümpfen wohnenden Völker dürfen nicht wieder der reaktionären Macht Rußland preisgegeben werden.

Die vorstehende Erklärung hat eine große Anzahl von Kommentaren hervorgerufen. Obwohl sie nicht deutlich besagt, welche Gestalten die Einrichtung dieser Gebiete in politischer Hinsicht nach dem Kriege annehmen wird — etwas bestimmtes läßt sich darüber auch schwer sagen — so zieht sie dennoch gewisse Grenzen für die künftige Gestaltung und schreibt ihr eine gewisse, ziemlich deutliche Richtung vor.

Betrifft die Provinz Posen.

Aus Nr. 89 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 16. April 1916.

Arbeit für die Zukunft.

Mit der bekannten Kritik der sozialen Aktion des Cienfiewicz von seiten der Politiker galizischen Schlages und zahlreicher Personen im Königreich, die mit dem galizischen Romantismus sympathisieren, begann in der polnischen Presse ein Streit über das Thema, was nützlicher sei: Positive, reale Arbeit, die mit dem volkstümlichen Ausdruck „Kartoffelstecken“ bezeichnet wird, oder das Ausgeben hochtrabender politischer Losungen, die mit der harten Wirklichkeit nicht rechnen, und das Spinnen von politischen Träumen entgegen jeder Offenkundigkeit der Tatsachen. Wenngleich zwischen diesen beiden Gegenätzen, der politischen Arbeit „par excellence“ und der organischen Arbeit, eigentlich Widersprüche nicht bestehen und jede nützliche sozialpolitische Tätigkeit eine Synthese beider Richtungen sein soll, stellen einseitige Betonen der „politischen Arbeit“ in Galizien, indem sie sich die Aufgabe vereinfachen, unaufhörliche Ansprüche an das „schweigende“ Warschau, und sie sehen in dessen politischer Reserve eigentlich nichts weiter als „Kartoffelstecken“. Sie können insbesondere nicht begreifen, daß es im Leben eines Volkes eine Periode geben kann, in welcher im Bewußtsein einer ungewöhnlichen physischen Gefahr, geradezu des Unterganges, sich die Unerläßlichkeit organischer Arbeit ergibt und wichtiger wird, als die schönsten politischen Formeln, die im gegebenen Moment keine reale Grundlage haben. Jenes Bäuerlein Jeromski aus der Tarnower Gegend, das im Augenblicke, als eine der schrecklichsten Schlachten tobte, als die Erde vom Kanonendonner erbebte, friedlich seine Scholle ackerte, hat sich um Polen zweifellos mehr verdient gemacht, als die ungeduldrigen Angler politischer Programme aus dem Chaos der Geschichte, das heute noch niemand mit den Augen zu durchdringen vermag. Wieviel dieses Warschau, das mit dem Aufgebot jeden Atemzuges, mit dem Aufgebot aller Kräfte in den Armen eine polnische Universität, ein Polytechnikum, Mittelschulen, städtische und Volksschulen, Fachschulen, ein Gericht, ein Finanzwesen, eine Verwaltung, eine Miliz schafft, wieviel dieses Warschau getan hat, um starke Fundamente für die künftige Entwicklung der Nation zu gewinnen, das werden erst die Zeiten zeigen, wenn in Europa der Kanonendonner nicht mehr erschallen und

die polnische Volksgemeinschaft sich an die neue, unermüdlige Arbeit auf der eigenen Scholle machen wird. Und dann wird sie bei der Prüfung der vergangenen Zeiten und der Taten, die sie, so Gott will, heil überstehen wird, überlegen, was sie besaß und was ihr von dem Reichtum der nationalen Kräfte geblieben ist; sie wird die Bilanz dieser Kräfte aufstellen und als Hauptposten die angestrengte Arbeit der anonymen Individuen eintragen, der organisatorischen Fähigkeiten, der gesegneten Anstrengungen des Königreichs, die da aufbauten, während andere zerstörten, die Leben weckten, während andere mit gefalteten Händen auf die Trümmer schauten und unzufrieden mit der Arbeit Jener in Protesten und Programmen die Wandelbarkeit ihrer „Überzeugungen“ manifestierten.

Die größte Sorge dieses in der Arbeit unermüdlischen Warschau ist die Furcht um die künftige Generation. Warschau begreift, was leider bei uns nicht alle zu begreifen imstande sind, daß man mit keinem Menschenleben leichtsinnig herumwirtschaften darf, da doch der Nation jedes Individuum für die Zukunft nötig ist. Angesichts der großen Sterblichkeit der Jugend in Warschau, angesichts des Mangels an gehöriger Obhut hat der Hauptfürsorgerat der Stadt Warschau die Volksgemeinschaft aufgerufen, die Kinder zu retten, solange sie noch zu retten sind, und er regt zur Opferwilligkeit zu diesem Zweck an. Unter der Losung „Retten wir die Kinder“ veranstaltet der Hauptfürsorgerat in dem ganzen deutscherseits besetzten Teile des Königreichs eine Almosenjammung am 7., 8. und 9. Mai.

Es wurde im ganzen Lande festgestellt, daß das Elend als Kriegsergebnis sehr zahlreiche Opfer unter den Kindern und der Jugend fortrastet. Da organisierten die Leiter des Hauptfürsorgerats eine Fürsorgeabteilung für die Kinder. Sie soll eine planmäßig gehörig vorbereitende Aktion enthalten, welche die Gesamtgestalt dieser Fürsorge umfaßt. Es zeigte sich, daß die unzulänglich genährte Schuljugend sich schlecht entwickelt. Da organisierte die Sektion zur Nahrung der Schulkinder auf die Weise Hilfe, daß sie für 40 000 Schüler Mittagmahzeiten ausgibt, für 37 Prozent von ihnen die einzige tägliche Kost. Man berechnete, daß die allgemeine Zahl der Kinder im Schulalter von 7 bis 11 Jahren, die in Warschau Anfangsunterricht erhalten werden, im Jahre 1916/17 73 000 betragen wird, daß die Stadt zahlreichen Schulen bedeutende Beihilfen wird gewähren müssen. Neue Lasten, neuer Kummer.

Die prächtige Spendenaktion, auf welche sich die Hauptstadt und das ganze Land für die Bedürfnisse der Jugend vorbereiten, ist ein neuer Beweis für die nützliche und vorzügliche Tätigkeit der Warschauer Allgemeinheit. Jedes gerettete polnische Kind ist eine schöne bürgerliche Tat; sie bedeutet, daß Polen nach dem Kriege zwei Hände zur Arbeit zuwachsen, welche helfen werden, die den Weg zur leuchtenden Zukunft der Nation versperrenden Trümmer fortzuräumen.

Wie unansehnlich sind angesichts dieser erhabenen Tätigkeit die Zeitungszänkereien um das „Schweigen“ Warschaus und um das „Kartoffelpflanzen“, mit welchen die Befürworter der „reinen“ Politik auffahren, dieselben Leute, von denen wir unlängst soviel über den politischen Grundsatz der „schmutzigen Wege“ gehört haben! —

Aus Nr. 87 des Wielkopolanin (Posen)

vom 14. April 1916.

Zu dem Artikel des „Berliner Tageblatt“, in welchem Professor Dr. W. Förster aus München in Beantwortung eines Artikels der „Neuen Züricher Zeitung“ zu deren Kritik der Verwaltungsmaßnahmen der deutschen Behörden auf dem Gebiete des Schul-

wesens des Königreichs Polen Stellung nimmt, meint der „Wielkopolanin:“

„Soweit der Professor Förster. Wir werden uns mit seinen Ausführungen nicht ausführlicher befassen und die Beweggründe nicht erörtern, die zur Auflösung des polnischen Aufklärungsausschusses im Königreich durch die deutschen Behörden führten. Das muß einer entsprechenderen Zeit überlassen bleiben. Soviel wollen wir nur bemerken, daß Professor Förster, wie er selbst sagt, Gegner der früheren Germanisierungs-Politik ist, d. h. daß er sich zu den nicht zahlreichen Deutschen rechnet, die diese Politik verurteilten, aber nicht Kraft und Einfluß genug besaßen, um sie zu beseitigen oder sei es auch nur zu lindern.“

Aus Nr. 86 des Kurjer Plocki (Plock)
vom 14. April 1916.

„Hat das Posensche kein Herz?“

„Großpolen geht für das polnische Volk verloren, denn sein Geist und seine schöpferischen Kräfte sind dahin und nur der untergeordnete selbsterhaltene Instinkt ist ihm geblieben. Es herrscht dort eine hohe materielle „europäische“ Kultur, aber das geistige Polen — liegt im Sterben.“

Ein solches requiem sang vor 3 Jahren Alexander Swietochowski in der „Kultura Polska“, und in den selben Chor stimmten auch andere Blätter ein. Hören wir zu, in welcher Weise Herr Swietochowski und andere Publizisten ihr Urteil begründeten.

„Wenn der Mensch nur von Brot leben könnte — sagt der Redakteur der „Kultura Polska“ — dann würden die Polen im preussischen Teilgebiet die Blüte der Nation sein. Aber es gibt noch einen Geist, der sein Recht beansprucht. In dieser Hinsicht steht das Posensche unter den polnischen Provinzen auf der tiefsten Stufe. Es ist erschreckend materialistisch und blickt gleichgültig auf die Bedürfnisse der Gesamtheit. Großpolen hat es nie eilig, uns in unseren Bedürfnissen zu unterstützen, und es ist fast unmöglich, sich eine öffentliche Angelegenheit zu denken, die Großpolen zu einer größeren Opferwilligkeit bewegen würde. Bei uns im Lande opfern die Bürger zu Lebzeiten und nach dem Tode andauernd für das Vaterland. Dort sterben Millionäre und hinterlassen für dieses keine Schilling.“

Die letzte Abrechnung aus dem Leben dieses Teilgebiets fiel sehr traurig aus. Mehr als die Hälfte des Bodens war verloren, der nationale Geist geschwächt, die Sprache verunstaltet. Es gibt dort weder Literatur noch Kunst und Wissenschaft, es gibt dort nur gefüllte Speicher und Kammern.

Der „Kultura Polska“ stimmte im „Kurjer Warszawski“ (Nr. 131, Jahrg. 1912) Herr Michael Wierzbinski zu. Er sagte, daß den Großpolen Verachtung für alles, was sich nicht kapitalisieren lasse, kennzeichne. Indem der Großpole das ganze geistige Gebiet in starre Formen und Regeln einschloß, vergaß er, daß Literatur, Kunst und Wissenschaft keine Fesseln dulden und daß jede künstlerische Tüchtigkeit, jeder schöpferische Gedanke befreit werden muß, widrigenfalls er zu Grunde geht.

Das war das Urteil der Ankläger des Posenschen. Ist es gerechtfertigt?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn wir den gegenwärtigen Stand der geistigen Kultur im Posenschen mit dem Zeitabschnitt, in welchem Liebelt, Ciezkowski, Moraczewski, Jarochowski, Morawski, Rozmian und andere lebten, und in welchem das geistige Leben im Posenschen pulsierte und Werke von unvergänglichem Werte schuf, vergleichen, er uns arm, zwerghaft und löschend erscheint. Aber es ist ein Fehler, die Etappen der historischen Entwicklung

mit anderen Etappen zu messen. Jeder trägt in sich sein eigenes Maß und jeder ist bedingt von dem gegebenen Zeitpunkt und von äußeren Umständen.

In Wirklichkeit unterscheidet sich die Kultur im Posenschen kaum von der galizischen Kultur und von der Kultur im Königreich Polen. Sie ist weniger empfindlich, stark utilitarisch, streng praktisch und der Kunst und Poesie fremd. Es haben aber zahlreiche und gewaltige Ursachen auf diese eigenartige Gestaltung der Atmosphäre und der Geisteskraft im Posenschen eingewirkt. Im Posenschen ist sowohl die Allgemeinheit, als auch jedes einzelne Individuum gezwungen, um seinen Unterhalt und um seine andauernd untergrabene materielle Existenz zu kämpfen. Unter solchen Verhältnissen würde es für das Polentum im preussischen Teilgebiet geradezu gefährlich sein, wenn dort die Feder, der Pinsel und die Harze über den Pflug, den Hammer, die Ahe und die Elle, die Oberhand gewinnen würden. Dies könnte der dortigen polnischen Volks-gesamtheit einen baldigen Untergang und ein baldiges Ende bereiten, ein Ende, das vielleicht heldenhaft und poetisch schön wäre, daß aber auf jeden Fall ein für unsere nationale Sache fatales und fürchterliches und wer weiß, ob nicht gar ein für unsere ganze Zukunft schreckliches Ende bedeuten würde.

Die Ankläger des Posenschen nannten dieses Teilgebiet verächtlich „Böotien“. Es ist aber eine große Frage, ob den Namen Böotien nicht diejenigen Landesteile verdienen, in welchen sich die Mäusen der Anerkennung und des Kults nur einer sehr geringen „höheren sozialen Schicht“ erfreuen, während dagegen der ganze riesige Rest der Volks-gesamtheit zur Unkenntnis verurteilt ist und von den Mäusen nicht die geringste Ahnung hat. Im Posenschen dagegen dringt Literatur und Kunst — im allgemeinen allerdings noch sehr schwach — auf dem Wege der Aufklärung bis zu den niedrigsten sozialen Schichten durch. Die nationale Aufklärung ist dort riesig. Selbst arme polnische Kinder weisen die fremde Kultur zurück und Werke unserer Dichter findet man sehr oft in Bauernhütten, ja sogar in der ärmlichen Behausung der Arbeiter. Die Jahrestage unserer großen geschichtlichen Ereignisse und das Andenken an unsere Dichter begeht man dort trotz Verbots in unzähligen Feiern, die in den kleinsten Städten und sogar in Dörfern veranstaltet werden. Bei diesen Feiern deklamieren mit Verständnis und Gefühl Schneider, Schuster und Bauernsöhne Abschnitte aus den klassischen Werken unserer Literatur. Davon wissen unsere Publizisten, die oft oberflächlich und mit Voreingenommenheit eine Sache behandeln, allerdings nichts. Dann mögen sie aber auch keinen Unsinn schreiben über den Niedergang der polnischen Kultur im Posenschen.

Wie beleidigend und ungerecht das Urteil Swietochowski's, nach dem das Posensche den Bedürfnissen der Allgemeinheit gleichgültig gegenübersteht und für unsere Bedürfnisse kein Verständnis haben soll, war, zeigt sich im vollen Umfange in dem gegenwärtigen Kriege. Jeder von uns weiß, daß die Volks-gesamtheit im Posenschen Millionen von Mark ihren Brüdern nach dem Königreich Polen sendet, daß sie Tausende von Kindern vor dem Hungertode, vor Kälte und vor dem Elend bewahrt und daß es kein Städtchen im Königreich gibt, in welchem nicht ein Posener Unterkomitee tätig wäre. Unsere großpolnischen Brüder tragen ihre Gefühle nicht zur Schau. Wenn aber der beste Beweis der Nächstenliebe Taten sind, so hat dafür die Volks-gesamtheit im Posenschen unzählige Beweise erbracht. Heute vermögen wir uns von der Hilfs-tätigkeit, die das Posensche zu unseren Gunsten ausübt, noch kein Bild zu machen. Es ist aber sicher, daß diese Hilfe

eine riesige ist. Das Posensche hat mithin nicht nur Geld, sondern auch ein liebendes Herz und ein heißes Gefühl. Es hat auch eine mustergültige Organisation, welche bewirkt, daß die uns gewährten Unterstützungen gleichmäßig und gerecht verteilt werden.

Wir sehen mithin, was die Begräbnispsalmen, die man s. Zt. — „über die sterbende Kultur“ im Posenschen sang, wert waren. Sie waren diktiert von Unkenntnis der dortigen Verhältnisse, oder — was noch schlimmer ist — vom bösen Willen und von Voreingenommenheit.

Das Posensche wird nicht nur sein Spiel vor dem nationalen Gewissen gewinnen, sondern es wird gleichzeitig zum Ankläger der anderen Gebietsteile werden, in welchen die Existenzbedingungen leichter und dennoch die polnischen Verluste größer sind. Nicht anklagen soll man das Posensche, sondern sich über seine Arbeit freuen und sie nachahmen. R.

Aus Nr. 85 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 12. April 1916.

Aus dem Schlußabsatz eines aus dem Felde an die Redaktion gerichteten Briefes:

Einstweilen stehen wir hier auf der Wacht mit den deutschen Waffengeführten aus allen Gegenden Hand in Hand und erfüllen im vollen Umfange unsere Pflicht. Der Kanonendonner dröhnt, die Minen krachen, wir aber weisen die Angriffe zurück oder gehen selbst vor. Gott hat uns bisher glücklich geleitet. Möge sein Segen auch weiterhin mit uns sein.

Aus Nr. 85 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 12. April 1916.

In einem

„Nüchtern und nützlich“

betitelten Artikel gibt der Abgeordnete Egidius Switala den Abiturienten hinsichtlich der Berufswahl folgende Ratschläge:

„Die erste Frage lautet: Welchen Beruf werde ich wählen und inwieweit kann ich durch diesen Beruf der Volksgemeinschaft nützlich werden? Und die zweite Frage würde ich so formulieren: Welche Pflicht habe ich als gebildeter Mensch gegenüber der eigenen Volksgemeinschaft außerhalb meines Berufs?“

Wer behaupten wollte, daß ein gebildeter Beruf gewissermaßen in der Luft schwebt, daß er oft ausschließlich von unseren nicht begrenzten Absichten und Wünschen abhängt, daß es die Volksgemeinschaft nichts angehe, welchen Beruf jemand wähle, der würde damit einen Mangel an ganz elementaren Kenntnissen bekunden. Ich bringe hier die nachstehende Tatsache in Erinnerung: Am Gymnasium in Ostrowo gab es einen Lehrer mit Namen Henrykowski. Ich darf von ihm sprechen, denn er lebt nicht mehr. Er war Stipendiat des Marcinkowski-Vereins gewesen. Er wollte weder für einen Polen gelten noch war er es. Zurzeit meines Verweilens in Oberschlesien hörte ich, daß ein gewisser Sanitätsrat mit dem Vornamen Stanislaus, gleichfalls Stipendiat des Marcinkowski-Vereins, Vorsitzender einer Ortsgruppe des Ostmarkenvereins war. Es wird doch wohl niemand sagen, daß das der Volksgemeinschaft gleichgültige Vorkommnisse seien.

Ebenso ist es der Volksgemeinschaft nicht gleichgültig, ob sie hinlänglich polnische Ärzte, Rechtsanwälte, Tierärzte, Apotheker usw. hat, Leute, die tüchtig in ihrem Beruf und tüchtig als Menschen sind.

Soweit überhaupt die Berufswahl schwierig ist, um so schwieriger, je mehr Berufe das Gesellschaftsleben erheischt und je weniger oder überhaupt nicht die vor der Berufswahl stehenden Individuen vor-

gezeichnete Wünsche haben, war bis zur Zeit des Krieges für den Polen die Wahl verhältnismäßig nicht schwer. Die tatsächlichen Verhältnisse begrenzten in hohem Maße das Bereich der Wahl (indem sie uns fast alle Wege zu Ämtern verschlossen, sofern man auf seine Nationalität nicht verzichten wollte). Wer kann wissen, ob es nach dem Kriege so bleiben wird? —

Vor dem Kriege brauchte die Volksgemeinschaft am meisten Geistliche, Ärzte, Rechtsanwälte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker und akademisch gebildete Landwirte. Das Bedürfnis nach akademisch gebildeten Kaufleuten war wohl das geringste. Mehr notwendig waren Ingenieure und Techniker, überhaupt Angehörige der Bau- und technischen Berufe.

Das Bereich der Wahl war und ist somit gewissermaßen beschränkt, und dennoch war die Wahl des Berufs ungeachtet dessen nicht leicht und sie wird es nie sein (— mit Rücksicht auf die falsche Schul- —) und nicht selten auch häusliche Erziehung, die unsere Jugend empfängt, falsch immer dann, wenn man überhaupt nicht oder in geringem Maße die persönlichen Fähigkeiten der in der Ausbildung begriffenen Jugend berücksichtigt, von deren Entwicklung ihr persönliches Glück und ihr Erfolg abhängen.

Auf diese Sache möchte ich die Jugend aufmerksam machen. Die Wahl muß nämlich nach dem Gesichtspunkt folgender 4 Bedingungen ausgeführt werden: Persönliches Glück, Erfolg, persönliche Fähigkeiten und gesellschaftliche Nützlichkeit.

Hinsichtlich des letzten Punktes bin ich der Ansicht, daß jeder Beruf, der in der Volksgemeinschaft eine Lücke ausfüllt, nützlich ist. In dieser Hinsicht möchte ich, daß man der Jugend eine recht breite Freiheit in der Wahl lasse. Die Jugend hingegen muß gewissenhaft prüfen und sich darüber Rechenschaft ablegen, für welchen Beruf sie Neigung besitzt und Fähigkeiten fühlt, was sie zu ihrem Glück begehrt und nach welcher Richtung hin sie sich kräftig genug fühlt, den Kampf und den Wettbewerb aufzunehmen.

Man muß den jungen Leuten nur die Täuschung nehmen, als ob von dem Beruf ausschließlich und selbstverständlich der Erfolg abhängt. Im Gegenteil, nicht der Beruf, sondern die in dem Beruf erworbenen Kenntnisse, die bekundeten Fähigkeiten, seinen Beruf zum sozialen Nutzen auszufüllen, das ist es, wovon der Erfolg und das Glück abhängen. Es wird sogar ein in seinem Beruf sehr gelehrter und fähiger, arbeitslustiger Mensch keinen Erfolg haben, wenn er sich der Konkurrenz gegenüber nicht die gebührende Stellung zu erkämpfen weiß.

Hier möchte ich nur auf einen Beruf aufmerksam machen. Es hat doch schon eine Zeit gegeben, in welcher die Jugend in veränderten Verhältnissen neue Wege suchte, welche sie gehen und auf denen sie der Volksgemeinschaft recht sehr nützlich sein könnte im idealsten Sinne des Worts. Und damals wie heute klang um uns die Losung: „Wir gebrauchen gebildete Kaufleute!“ Die Jugend ging diesen Losungen auf den Leim, wandte sich aber schnell von ihnen ab.

Weshalb? Nun, es zeigte sich, daß die Stellungen, auf welche „fachlich Ausgebildete“ z. B. Bankleute, Anspruch erhoben, entweder von Geistlichen, Rechtsanwälten und Ärzten eingenommen waren oder solchen Leuten in der Folge übertragen wurden ungeachtet des Vorhandenseins von „Fachleuten“. Man muß nämlich wissen, daß außer oder neben schönen öffentlichen Losungen, wenn es sich um Gehälter und Entschädigungen handelt, durchaus nicht öffentliche Strömungen und Einflüsse einhergehen, die nicht immer jene Stellungen dem übertragen, der sich für sie am besten eignen würde, sondern dem, der in jenem Kreise, welcher eine solche Stellung zu vergeben hat, sich das meiste Vertrauen erwarb. Und

mit Recht! Soziale Institute, und insbesondere unsere, können keine Experimente selbst mit noch so fähigen Leuten machen. Diese Warnung möchte ich denen zukommen lassen, die mit dem Reisezeugnis in der Hand auf Handelschulen oder Akademien gehen wollen — ohne vorhergehende Praxis, oder zu volkswirtschaftlichen Studien, ohne sich dessen bewußt zu sein, wozu sie in dem praktischen grauen Alltagsleben greifen wollen — nicht nur der gesellschaftlichen Nützlichkeit wegen, sondern auch — zur Stillung des eigenen Hungers. Vielleicht ist das wenig schön und allzusehr nüchtern, aber nicht minder wahr, daß auch die soziale Nützlichkeit des gegebenen Individuums von seinem persönlichen Glück und Erfolg abhängt. Bis zum Überdruß kann man bei uns Klagen und Seufzer über die Mühen und Beschwerden der alltäglichen Berufsarbeit, über die menschliche Undankbarkeit usw. hören. Weshalb? Weil die Wahl des Berufs nicht gehörig vollzogen war, weil man natürlich einen übel gewählten Beruf weder mit Liebe noch mit Begeisterung noch mit Selbstverleugnung ausfüllen kann. An solchen „Jeremiasse“ hat die Volksgemeinschaft nicht viel Freude; denn es gibt keine Freude über persönliche und berufliche Mittelmäßigkeiten. Solche „Jeremiasse“ wird niemand jemals in der Werkstatt der sozialen Arbeit finden. Und wenn Verhältnisse, wesentliche und unwesentliche Rücksichten sie zu dieser Arbeit zwingen, so werden sie stets nur Unzufriedene und Kritiker sein, welche rings um sich Unlust und Abneigung verbreiten. An solchen Leuten haben wir genug in der Volksgemeinschaft, und sogar sehr, sehr genug. Es wäre besser, sie auszurotten. Aber es kann das nur geschehen, durch neue, aus der Jugend hervorgehende Generationen, sobald die Jugend in das praktische Leben treten wird, ohne in ihm von vornherein die Langweiligkeit des „grauen Alltagslebens“ zu erblicken, sondern ein Feld für breite Arbeit, für welche Gesundheit, Kraft und Lust nötig sind. Und diese Gesundheit und Lust und Kraft muß die für einen liebgewonnenen Beruf sich vorbereitende Jugend bewahren, entgegengesetzten Falls wird sie diese Eigenschaften in Fingertangeln einbüßen, um später die Reihen der „Jeremiasse“ zu vermehren.

Ich werde hier zum Schluß nicht die „Ede an die Jugend“ in Erinnerung bringen, denn die Jungen kennen sie und fühlen ihren Inhalt tief; hingegen will ich das „Grab Agamemnons“ ins Gedächtnis rufen, das vielleicht ebenso bekannt, aber minder verstanden wird: „Bei uns gab es nach unglücklichen Tagen stets lebende Halbritter“. Ich verstehe das so, daß es bei uns an ganzen Leuten fehlt, an solchen, die gewissermaßen aus Granit gehauen, zu allem bereit und zu allem fähig wären. Unsere Jugend muß sehen, daß wir vor allem ganze Leute wollen, daß wir ein volles rasches Leben und — soziales und persönliches Glück wollen.

Aus Nr. 85 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 12. April 1916.

Allgemeine Versammlung des Posener Vereins der Freunde der Wissenschaften,

abgehalten am 10. April 1916.

Die Mitglieder hatten sich in einer für die heutige Zeit ziemlich großen Zahl, annähernd 60, eingefunden. Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende des Vereins, Herr Prof. Dr. v. Swiencicki.

In einer inhaltsreichen, sachlichen Ansprache gab der Vorsitzende eine kurze Übersicht über die Tätigkeit des Vereins in der Zeit seit der letzten Generalversammlung. Die gegenwärtige Versammlung sei nicht

nur wissenschaftlicher Natur, wie dies die Satzungen vorschrieben, sondern auch administrativer. In den Juni falle nämlich die Jubiläums-Festfeier zu Ehren Dlugosjs.

Der Verein erfülle seine Aufgabe zunächst durch wissenschaftliche Veröffentlichungen. Sie seien in dem Jahrbuch des Vereins enthalten. Gegenwärtig sei das Jahrbuch für 1916 erschienen. Die Jahrgänge 1914 und 1915 seien in dem zweiten Jahrbuch enthalten, welches im Abschluß begriffen sei und die monumentale Arbeit des Geistlichen Kozierowski „Forschungen betreffend die topographischen Namen in der Erzdiozese Posen“ umfasse.

Den gegenwärtigen, mit verschiedenen Abhandlungen ausgefüllten Jahrgang habe der Vorstand dem Hochwürdigsten Herrn Erzbischof gewidmet.

Auf Betreiben des Vorstandes seien zwei neue Abteilungen entstanden, die Abteilung für Kunst und die theologische Abteilung. Namentlich die zweite sei dank ihrem Initiator und Vorsitzenden, Prälaten Hozakowski, sofort ein beachtenswerter Faktor geworden.

Über 300 Mitglieder seien der Abteilung beitreten, wodurch der Verein annähernd 250 neue Mitglieder erwarb. Dadurch sei die Gesamtzahl der Mitglieder auf über 800 gestiegen.

Die sich ständig vermehrenden Sammlungen hätten größerer Unterkunftsräume bedurft. Aus diesem Grunde seien auch dazu die im Frontgebäude vorhandenen Wohnräume benutzt worden. In der Bildergalerie bedürfe eine Menge Gemälde der Restaurierung. In dieser Hinsicht werde der Konservator Geistliche Prof. Dr. Dettloff eine Broschüre herausgeben. Diese Sache werde vom Redner der Opferwilligkeit der Allgemeinheit warm empfohlen.

Um auch weitere Kreise mit den Kunstgegenständen des Museums bekannt zu machen und die Mittel des Museums zu vermehren, habe sich in diesen Tagen auf Betreiben des Konservators Herrn Dr. Kozierowski ein „Museum-Verein“ gebildet. Der Verein werde periodische Veröffentlichungen mit den Beschreibungen der wichtigeren Gegenstände herausgeben.

Am Schluß seiner feisenden Ausführungen schlug Prof. v. Swiencicki den Kammerherrn Cegielski zum Leiter der Versammlung vor. Herr Cegielski übernahm die Leitung und berief Herrn Rechtsanwalt Dr. Celichowski zum Schriftführer.

Der Bericht des Vorstandes.

Im Namen des Generalsekretärs Herrn Justizrat v. Glembocki erstattete zuerst der Redakteur der Jahrbücher Geistliche Kozierowski aus Skorzewo folgenden Bericht des Vorstandes.

In der Generalversammlung am 21. Juni vorigen Jahres sind zu Vorstandsmitgliedern des Vereins der Freunde der Wissenschaften gewählt worden: Prof. Dr. v. Swiencicki zum Vorsitzenden, Prof. Dr. von Karwowski zum stellv. Vorsitzenden, Justizrat von Glembocki zum Generalsekretär, Dr. Bernaczynski zum Schatzmeister und Propst Kozierowski zum Redakteur der Jahrbücher.

Der Vorstand lud im Sinne des § 9 der Satzungen unseres Vereins, wonach ordentliche Generalversammlungen zweimal im Jahre stattfinden sollen, von denen die erste die Verwaltungs-, die zweite die wissenschaftlichen Angelegenheiten zu erledigen hat, die geehrten Herrn zu der heutigen Versammlung ein. Zu der Zuständigkeit der administrativen Versammlungen gehören nach den Satzungen verschiedene Angelegenheiten, von denen gegenwärtig die Erteilung der Entlastung an den Vorstand und die Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes in Frage kommen. Da der Vorstand in der Generalversammlung am 21. Juni vorigen Jahres über die wissenschaftliche Tätigkeit in

den letzten 3 Jahren Aufschluß gegeben hat, liegt uns nur noch ob, über die wissenschaftliche und administrative Tätigkeit des Vereins vom 21. Juni vorigen Jahres an zu berichten und die Rechnung für das Jahr 1915 zu legen.

An Sitzungen hat der Vorstand in dieser Zeit 13 abgehalten. Indem wir im Einklang mit dem Charakter des Vereins die wissenschaftlichen Gegenstände am die Spitze stellen, wollen wir zunächst der Arbeit in den einzelnen Abteilungen gedenken. Die Kriegszeit hat nicht entsprechend auf die Arbeit in manchen Abteilungen gewirkt. Dies war besonders in der volkswirtschaftlich-juristischen und der technischen Abteilung der Fall. Erst in den letzten Monaten begann sich in den verschiedenen Abteilungen eine erfreuliche Tätigkeit zu entwickeln. In einer glücklicheren Lage war dem Wesen der Dinge gemäß die medizinische Abteilung. Es wurden in zahlreichen Sitzungen viele interessante chirurgische Probleme vom Schlachtfelde erörtert, was gewöhnlich lebhafte Debatten hervorrief. Zu Ehren des verstorbenen Prof. Wicherkiwicz aus Krakau, welcher lange Jahre Vorsitzender der Abteilung und Mitglied des Vorstandes des Vereins der Freunde der Wissenschaften gewesen war, veranstaltete die medizinische Abteilung eine Festigung, in welcher der Sanitätsrat v. Chlapowski den Lebensgang des verstorbenen Arztes und Bürgers ausführlich schilderte. Das Organ der Abteilung „*Rozwiny lekarskie*“ begann nach einer einjährigen Unterbrechung wieder zu erscheinen, und zwar vorläufig in vierteljährlichen Zwischenräumen. Redakteur ist Sanitätsrat R. v. Dziembowski. Das Organ erscheint seit 20 Jahren und hat von Anfang an es verstanden, sich in der ärztlichen Welt Anerkennung zu gewinnen.

Ebenso hielt die historisch-literarische Abteilung unter dem Vorsitz des Prof. Dr. v. Karwowski wie sonst ihre mit Vorlesungen und Debatten ausgefüllten Sitzungen ab. Die in der letzten Generalversammlung vom 21. Juni von Dr. R. v. Karwowski gebotene Anregung zur Gründung zweier neuer Abteilungen innerhalb des Vereins, und zwar einer theologischen und einer Kunst-Abteilung, fand bei der Allgemeinheit Anklang. In diesem Jahre vergrößerte sich unser Institut um zwei Abteilungen, die der Theologie und die der schönen Künste. Die wissenschaftliche Arbeit des Vereins, die ihren Herd und Hort in den einzelnen Abteilungen hat, wird sich gegenwärtig heben, und die Wünsche des Vereins-Vorstandes begleiten diese neuen Abteilungen, damit sie dem Wissen und der heimischen Wissenschaft reichliche Frucht bringen.

Wir haben das 43. Jahrbuch für das Jahre 1916 herausgegeben. Die rückständigen Jahrbücher 41 und 42 für die Jahre 1914 und 1915 wird die Arbeit des Geistlichen und Redakteurs Rozierowski aus Skorzewo unter dem Titel: „Forschungen betreffend die topographischen Namen in der heutigen Erzdiözese Posen“ ausfüllen. Diese Arbeit wird 75 Druckbogen umfassen, von denen 10 schon gedruckt sind. Das Werk erscheint im Auftrage des Vereins der Freunde der Wissenschaften, unterstützt durch Mittel aus dem Bredkrajcz-Fonds. Jedem Jahrbuch werden wir von jetzt ab eine Inhaltsangabe in fremder Sprache beifügen, um auch den fremdländischen Gelehrten die wissenschaftlichen Errungenschaften zugänglich zu machen. Wir bieten ein Mitgliederverzeichnis und werden dann die Satzungen, ein Verzeichnis der geschichtlich-kulturellen Andenken des Vereins, ferner ein Register der Dokumente und Handschriften veröffentlichen, die in unserem Museum deponiert sind. Den Gedanken, den VI. Band des „*Kodex Wielkopolski*“ (Großpolnischer Kodex) herauszugeben, konnten wir bis jetzt nicht verwirklichen, da die Ansichten darüber geteilt sind, was notwendiger ist, die Herausgabe eines Supplements zu den 5 schon veröffentlichten Bänden bis zum Jahre 1444, oder die

Abfassung eines neuen Bandes der diplomatischen Aktenstücke nach dem Jahre 1444. In diesem Falle könnte man bei dem umfangreichen und vielen Material höchstens eine Periode von 15—20 Jahren berücksichtigen. Die beabsichtigte Herausgabe der Museumsnotizen konnte nicht zustande kommen aus vom Vorstande unabhängigen Gründen.

Kassenbericht des Vereins

für das Jahr 1915.

Vermögen am 31. Dezember 1915.

Kassa-Konto:

Kapitalien, deponiert in nachstehenden Banken:

Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften:

Konto A 54 126.....	10 173,85 Mk.
Konto B	10,85 "
Konto D 50 011.....	654 35 "
In der „Bank Włocławski“	40 000,— "
In der „Bank Kratochwill und Parnachowski“	29,15 "
Zusammen..	50 868,20 Mk.

Konto der Wertpapiere:

Rubel 34 550,— 4½ % polnische Pfandbriefe à 74	55 224,72 Mk.
Rubel 248,75 Russ. Not. à 160...	298,— "
" 2 207,74 Russ. Not. à 160...	3 532,38 "
Gulden 200,— österr. 4% Rente à 77	261,80 "
Mark 1000,— Akt. der „Bank Ziemski“	1 000,— "
Mark 200,— 3½ % Posener Pfandbriefe à 86	172,— "
Mark 2000,— 3½ % Posener Pfandbriefe à 86	1 720,— "
Mark 1 800,— 3½ % Pos. Pfandbriefe aus der Hamb. Bank à 85,50...	1 539,— "
Mark 1 000 4% Pos. neue Pfandbriefe z. D à 90.....	900,— "
Zusammen..	64 747,90 Mk.
Insgesamt..	115 661,35 Mk.

Als Legate erhielten wir aus dem Nachlaß der verstorbenen Hyskowska geb. Jaczynska 500 M., aus dem Nachlaß des verstorbenen Prälaten v. Boninski 1000 M. Die Mitglieder der Familien v. Potworowski und v. Chlapowski spendeten 5000 M. als eiserner Fonds des naturwissenschaftlichen Museums unter der Bezeichnung Gustav v. Potworowski und Franziska v. Potworowska geb v. Kurnatowska-Fonds, nämlich die Damen Wanda v. Chlapowska, Thella und Franziska v. Potworowska, Mieczyslaus v. Chlapowski, Eduard, Gustav und Franz v. Potworowski, Desiderius v. Chlapowski, jeder 500 M. und drei andere Personen, die nicht wünschten genannt zu werden, 1000 M., zusammen 5000 M.

Die naturwissenschaftlichen Sammlungen des Vereins werden im künftigen Jahre in dem Frontgebäude untergebracht werden, wo man ein naturwissenschaftliches Museum einzurichten gedenkt. Die kultur-historischen Sammlungen fanden gegenwärtig im Frontgebäude im 1. Stock eine entsprechende Unterkunft. Zwecks Vergrößerung dieser Sammlungen hat der Vorstand an die Allgemeinheit einen Aufruf erlassen, um sie zum Angebot der im Lande zerstreuten Andenken sowie zur Verstärkung der Bücherammlung durch neue wertvolle Werke und Schriften anzuregen. Alle Monate veröffentlicht der Vorstand in den Blättern ein Verzeichnis der erhaltenen Gaben. Die ethnographischen Sammlungen verbleiben am bisherigen Orte, für die Unterbringung weiterer Gegenstände bestimmte der Vorstand den anliegenden Saal. Die in entsprechenden Schränken aufbewahrten Münzsammlungen des Vereins wird der Vorstand in der nächsten Zeit dem Publikum zugänglich machen. In Sachen der Bildergalerie bemerken wir, daß ein großer Teil der Bilder der Restaurierung bedarf, zu welchem

Zwecke Mittel gesammelt werden. Der polnische Künstlerverein hat beschlossen, zu Gunsten der Bildergalerie 5 Prozent der Einkünfte aus den Eintrittskarten und den Beiträgen der Mitglieder zu spenden. Durch die beabsichtigte Ausstellung der Bilder und Stiche wollen wir das Publikum mit den reichen Sammlungen des Vereins auf diesem Gebiete bekannt machen. Was die Bibliothek anbetrifft, so haben wir verschiedene Änderungen eingeführt. Wertvollere Dubletten hat der Verein behalten, den Verkauf aller übrigen übertrug der Vorstand der Buchhandlung Mierniewiczy, die gleichfalls die Schriften des Vereins vertreibt. Zum Ankauf und Einband von Büchern hat der Verein im vorigen Jahr 400 M., dieses Jahr 200 M. bestimmt. Die Handbibliothek wurde neu geordnet und mit den notwendigen Werken versehen, das neue Bibliotheks-Reglement ist gedruckt, endlich wird außer dem alphabetischen Katalog ein zweiter Objektkatalog in Buchform abgefaßt; er ist bis zum Buchstaben K 7 durchgeführt.

Aus Nr. 87 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 14. April 1916.

Der hygienische Verein in Posen.

Im Saale der ärztlichen Abteilung fand am 14. d. Mts. die Hauptversammlung des verdienten hygienischen Vereins in Anwesenheit von einigen Duzend Mitgliedern, überwiegend Damen, statt.

Die Versammlung eröffnete der Vorsitzende, Sanitätsrat Dr. Franz v. Jazdzewski. Er berief zum Leiter der Hauptversammlung Herrn Professor St. von Karwowski, zum Schriftführer Herrn Johann Suchowia, worauf ein Vortrag des Vorsitzenden über das Thema „über die Notwendigkeit der Ausbildung von Pflegerinnen für Säuglinge“ folgte. Redner wies auf die unermessliche Tragweite dieser Sache hin, die in England an der Spitze der sozialen Arbeit stehe und er regte an, sich auch in unserer Volksgemeinschaft mit ihr zu befassen, da nach den durch den Krieg hervorgerufenen Zerstörungen dies eine Sache von wesentlicher Bedeutung sein werde.

Es folgte ein Vortrag des Herrn Dr. Gantkowski „über den tatsächlichen Wert von Reklame-Arzeneien“. Redner legte mit der üblichen Klarheit die unerhörte Ausbeutung dar, die von manchen Fabrikanten von angeblichen Kurmitteln betrieben würden, die im Grunde genommen, entweder gar keinen oder sehr geringen Wert hätten. Es seien dies überwiegend die Mittel, die sich mit toller Reklame dem Publikum in den Zeitungen aufdrängten. Mit Sarkasmus machte er auf die manchmal auch mit Vorliebe von Damen betriebene Kurpfuscherei aufmerksam, Damen, die sich stets für klüger hielten als die Ärzte.

Schließlich hielt Herr Dr. Adam v. Karwowski einen Vortrag „über Hautparasiten“, von denen man gewöhnlich nicht spreche. Während des Krieges hätten sie jedoch große Bedeutung gewonnen, und zwar nicht bloß dank der bekannten Lästigkeit, sondern vor allem als sehr gefährliche Überträger einer ganzen Reihe ansteckender Krankheiten, wie Flecktyphus, Pest, Fieber, Blutvergiftung usw. Der Vortrag wurde durch Zeichnungen illustriert. Für alle 3 Vorlesungen, welche die Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit anhörte, dankte man mit heißem Beifall.

Es folgte jetzt der Bericht des Schriftführers Dr. Adam v. Karwowski. Wir geben ihn in voller Ausführlichkeit wieder. Nachdem das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen geehrt worden war, wurde mitgeteilt, daß der Kassenbericht aufgeschoben werden müsse, weil noch nicht alle Mitglieder die Beiträge gezahlt hätten.

Die Vorsitzende des von dem hygienischen Verein begründeten „Samariterinnen-Vereins“, Frä. Dr. Janina Zniniewicz, referierte über die Tätigkeit dieses Vereins, der durch den Krieg sehr gelitten hat, sich aber gegenwärtig in einer günstigen Entwicklungsphase befindet.

Bei der Wahl des Vorstandes und des Ausschusses wurden dieselben Personen wiedergewählt; außerdem aus dem Kreise der Damen Frau Becker aus Hohensalza, Frau v. Rajewska aus Jasien, Frau Hedwig Szlagowska und Frau v. Turno-Slomowo.

Bei der freien Aussprache brachte Herr J. Suchowia die Angelegenheit der erzieherischen Weisungen in der künftigen Nummer der „Sanitätsabteilung“ zur Sprache.

Dem nunmehr folgenden Geschäftsbericht des Schriftführers über die Tätigkeit des hygienischen Vereins in den Jahren 1914 und 1915 ist folgendes zu entnehmen:

Der hygienische Verein hat in seinem Schoße im Jahre 1914 einen Pflegerinnen-Verband unter der Bezeichnung „Samariterin“ gebildet, der unter der Leitung von Frä. Dr. Janina Zniniewicz und von Dr. Weißner steht und eine ganze Reihe Pflegerinnen ausgebildet hat. Die Stellenvermittlung für diese Pflegerinnen übernahm die Poliklinik des hygienischen Vereins. Ein Teil der Pflegerinnen hat sich während des Krieges der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt.

In Posen und in der Provinz veranstaltete der Verein Vorträge aus dem Gebiet der Hygiene sowie hygienische Kurse, z. B. in Gostyn im April und Mai 1914. In Posen und in der Provinz wurden in den beiden Berichtsjahren 30 Vorträge gehalten.

Zwecks Zusammenarbeitens hat der hygienische Verein mit dem Vincent à Paulo-Verein Beziehungen angeknüpft.

An dem Kongreß der polnischen Hygienisten, der vor zwei Jahren in Lemberg abgehalten wurde, haben sich Ärzte aus dem Posenschen und Mitglieder des hygienischen Vereins in größerer Zahl beteiligt. Drei Mitglieder: Dr. Jazdzewski, Dr. Gantkowski und Dr. Wierzejewski hielten Vorträge, ersterer „über die physische Erziehung im preussischen Teilgebiet“, Dr. Gantkowski über „Die Bekämpfung des Alkoholismus im preussischen Teilgebiet“.

Der Verein unterhält eine Poliklinik, in der eine Reihe von Posener Ärzten der unbemittelten Bevölkerung gegen ein geringes Entgelt, armen Personen unentgeltlich ärztlichen Rat erteilt.

Um der Prostitution zu steuern, hat sich im Schoße des Vereins ein besonderer Zirkel von Damen gebildet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, auf diesem Gebiet rettend tätig zu sein.

Aus Nr. 7 und 8 der Gazeta dla Kobiet (Posen)
vom 2. und 8. April 1916.

Bericht des „Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen“ für das Jahr 1915.

Schon zum zweiten Mal geben wir Rechenschaft über den Stand des Verbandes während des Krieges. Während der verflossene Bericht noch ein halbes Jahr Arbeit aus der Kriegszeit umfaßt, enthält der gegenwärtige Bericht Aufschluß über die Tätigkeit eines ganzen Kriegsjahres.

Am Anfange des Krieges forderten wir unsere Vereine auf, in der Arbeit nicht nachzulassen. Wir haben diesen Wunsch in der vorjährigen Versammlung der Delegierten und geistlichen Patrone und der Verrätinnen erneuert. Aus dem vorliegenden Berichte geht hervor, daß die Verbandsvereine im allgemeinen ihre Pflicht erfüllt haben.

1. Wieviel Vereine gehören dem Verbands an? Wir treten in das Jahr 1916 mit einer Anzahl von 36 Vereinen. Dieselbe Zahl wies auch das Jahr 1914 auf. Im Laufe des Kriegsjahres ist nicht ein neuer Verein dem Verbands beigetreten.

2. Zahl der Mitglieder der Verbandsvereine. Bei derselben Zahl der Vereine konnte man mit derselben Zahl der Mitglieder rechnen, und so ist es auch in Wirklichkeit. Wir zählen 5206 Mitglieder, im vergangenen Jahre waren es ihrer 5252. Aus der Zahl der Vereinsmitglieder geht hervor, daß in den Vereinen gewisse Veränderungen vorgekommen sind. In den einen gab es Zuwachs, in anderen nahm die Zahl der Mitglieder ab. Im allgemeinen hatten Zuwachs manche Posener Vereine, so z. B. der Verein in der Jerziger Parochie 15, der in der Parochie Lazarus 19, der in der St. Johannis-Parochie 25 und der in der St. Adalbert-Parochie 30 Mitglieder. Eine bedeutende Abnahme an Mitgliedern von Posener Vereinen weisen auf der „Verein weiblicher Diensthofen“, weil viele Mädchen den Dienst verlassen haben, und der „Verein der Konfektionsarbeiterinnen“.

Außerhalb Posens hatten den größten Zuwachs die Vereine in Schroda (um 205 Mitglieder) in Lissa (um 50), in Obersiebo (um 30), in Schlehen (um 25), in Pleichen (um 22). Einen größeren Abgang von Mitgliedern konnte man feststellen in dem Verein „Zjednoczenie“ in Samter (um 68), in dem Verein „Spojnia“ und in dem „Verein der Arbeiterinnen im Handel und in der Konfektion“ in Gnesen (um 50 und um 26).

3. Agitation. Trotzdem die Agitation mit Hilfe von Versammlungen erschwert war, hat doch der Verein in Breschen eine Agitationsversammlung veranstaltet, was ihm einen Zuwachs an Mitgliedern einbrachte. Die anderen Vereine hatten augenscheinlich Furcht, mit Energie an die Agitation heranzutreten. Das ist sehr schade. Denn wenn wir für unseren Verband auch keine neuen Vereine gewinnen können, so wäre es doch möglich, für die bestehenden Vereine noch viele Mitglieder zu werben.

4. Plenarsitzungen. Noch nicht alle Vereine sind zur normalen Arbeit zurückgekehrt. Im Jahre 1915 fanden 379, im verflossenen Jahre 362 Versammlungen statt. Wenn man auf 36 Vereine je 12 Versammlungen jährlich rechnet, dann müßte das 432 Versammlungen ergeben.

Wir müssen die Vereine, die Versammlungen in Sälen aus irgend welchen Gründen nicht abhalten können, anregen, für die Mitglieder besondere Gottesdienste einzurichten. Die Gründe hierfür brauchen nicht mehr erörtert zu werden. Durch die Gottesdienste wird unter den Mitgliedern der Geist der Einmütigkeit gepflegt.

5. Vorträge. Es wurden 350 Vorträge gehalten (im verflossenen Jahre 311). Von Mitgliedern sind 72 Vorträge gehalten worden (im verflossenen Jahre 73).

Von Themen, die mehr interessieren, werden folgende genannt: Das Mißgeschick der vom Kriege Betroffenen — Von Posener und Gnesener Erzbischöfen — Über die Arbeit — Vom Charakter — Aus den ersten Zeiten des Christentums — Wie soll das katholische Haus sein? — Von den früheren Sitten in Polen — Die Stellung der Frau zur Zeit des Heidentums — Die Wiedergeburt in der Zeit des Krieges — Der Einfluß des Krieges auf das Leben der arbeitenden Frauen — Wie sind die Formen der Höflichkeit zu wahren? — Es sind auch Vorträge aus der Naturgeschichte, aus der Astronomie, über die Elektrizität und über die Kohle gehalten worden.

Im allgemeinen sind die Mitglieder schwer zum Halten von Vorträgen zu bewegen. Ein guter, selbständiger Vortrag übersteigt allerdings die Kräfte des größten Teils der Mitglieder. Man kann jedoch den Vereinsmitgliedern eine kurze Inhaltsangabe aus der Geschichte oder Religion vorzeichnen. Der Vortrag muß kurz sein, nicht länger als 10 bis 15 Minuten dauern, und das wird eine nützliche Sache und eine Übung zum Halten von selbständigen Vorträgen sein.

6. Vorstandssitzungen fanden 210 (im verflossenen Jahre 193) statt. Die Notwendigkeit der Vorstandssitzungen wird von den Vereinen immer mehr eingesehen. Leider werden Sitzungen noch nicht in genügender Anzahl abgehalten. Plenarsitzungen fanden statt 379, Vorstandssitzungen nur 210. Jede Plenarsitzung sollte doch aber genügend vorbereitet werden. In jeder Versammlung hat der Vorstand Mitteilungen zu machen, die in den Vorstandssitzungen gründlich besprochen werden sollten.

7. Zirkel. Der Jahresbericht nennt 396 Zirkel (im verflossenen Jahre 449), ihre Zahl ist somit zurückgegangen. Die Versammlungen der Älteren fanden häufiger statt, es waren ihrer 152, im verflossenen Jahre nur 26.

Wenn in den mittleren und größeren Vereinen Ältere eingeführt wären, und wenn man die Älteren in besonderen Versammlungen über Vereinsangelegenheiten unterrichten würde, dann würde auch sicherlich die Zahl der Vereinsmitglieder ständig steigen. In den gegenwärtigen Zeiten, wo die anderen Agitationsmittel erschwert sind, müßten die Älteren alle Frauen kennen lernen, die dem Vereine angehören sollten.

8. Abendunterhaltungen und Ausflüge sind ein gutes Aufklärungsmittel für unsere Mitglieder. Im Jahre 1915 fanden 13 Abendunterhaltungen (in dem vorhergegangenen Jahre 12) und 30 Ausflüge (in dem vorhergegangenen Jahre 40) statt. Es wurden besucht: Reisen, Taczanow, das Grab des heiligen Adalbert in Gnesen und die Posener Kirchen. Ein Vergnügen fand nicht statt.

9. Kurse und Patronate. In manchen Vereinen sind Bildungszirkel, praktische Beschäftigungen und Gesangszirkel eingeführt. Auch auf diesem Gebiete ist ein gewisser Stillstand zu verzeichnen. Im Rechenschaftsbericht sind angegeben:

1. 13 Bildungszirkel mit 161 Teilnehmerinnen (im verflossenen Jahre 12/213);
2. 9 praktische Beschäftigungen, 134 Teilnehmerinnen (11/187).
3. 8 Gesangszirkel mit 207 Teilnehmerinnen (11/219).

Die Organisation und Leitung der Zirkel ist eine besonders dankbare Aufgabe für die Beirätinnen, die sich dieser Arbeit unterziehen können. Die systematische Belehrung der Mitglieder in den Zirkeln wird eine ganze Reihe von Mädchen in der aufklärenden und praktischen Arbeit ausbilden, wenn auch der Teilnehmerinnen in jedem Jahre nicht viele wären.

10. Bibliotheken. Mehrere Vereine besitzen eigene Bibliotheken, andere gaben ihre Bücher an die gemeinsame Vereinsbibliothek ab und leihen sich Lesestoff vom Volksleseverein. Eigene Bibliotheken befinden sich in 13 Vereinen (im vergangenen Jahre in 16 Vereinen). Die Zahl der Bücher in den Sammelstellen beträgt 2440 (im vergangenen Jahre 2687). Ausgeliehen wurden 4403 Bücher (im verflossenen Jahre 4169).

11. Das religiöse Leben. Die Vereine besuchen gemeinsam die heilige Kommunion und zwar durchschnittlich 4 mal im Jahre. In 8 Vereinen fanden Reflektionen statt.

12. Hilfe für die vom Kriege Betroffenen. Die Vereine leisteten Hilfe,

soweit dies ihre Mittel gestatteten. Das Verständnis für die schweren Zeiten war bei den Vereinsmitgliedern groß. Fast alle Vereine sammelten Beiträge und beschäftigten sich mit dem Nähen von Kleidern und Wäsche. Die Höhe der Beiträge nennen die Vereine leider nicht; es sind aber auch größere Spenden zu verzeichnen. Der Verein „Jedność“ in Bromberg gab 100 Mark, der „Verein der im Handel und in der Konfektion beschäftigten Frauen“ in Gnesen beschloß, vierteljährlich 20 Mark zu geben. Sehr eifrig spendeten die Vereinsmitglieder am Enthaltfamkeitstage.

13. Der Hauptvorstand hielt 2 Sitzungen ab, in denen die laufenden Sachen erledigt wurden. Der Generalsekretär stattete den Vereinen einen Besuch ab, die darum gebeten hatten.

14. Zusammenkünfte. Es fanden zwei Zusammenkünfte der Delegierten statt, in denen der Jahresbericht erstattet wurde. Geistlicher Kosiał hielt einen Vortrag über das Thema „Die Vereine der erwerbstätigen Frauen und der Krieg“. In der 2. Zusammenkunft, in welcher die geistlichen Patrone und die Beirätinnen zusammengekommen waren, sprach der geistliche Patron, Stanislaus Adamski, welcher Vorsitzender des Verbandes ist, über „Die Arbeit der Beirätinnen im Verhältnis zum Vorstande und zum Verein“. Der Generalsekretär gab einen Überblick über die Arbeit des Verbandes im Kriegsjahre; insbesondere berücksichtigte er dabei die Organisierung der Begräbniskasse.

Kassenbericht.

I. Hauptkasse.

Einnahme.

1. Bestand aus dem Jahre 1914	615,98 Mk.
2. Monatsbeiträge der Verbandsvereine	5 592,10 „
3. Jahresbeiträge der Verbandsvereine	380,50 „
4. Verschied. Einnahmen	461,88 „
Gesamteinnahme..	7 050,46 Mk.

Ausgabe.

1. Krankenkasse	579,— Mk.
2. Verschiedene Ausgaben	4 627,92 „
Gesamtausgabe..	5 206,29 Mk.

Zusammenstellung:

Einnahme	7 050,46 Mk.
Ausgabe	5 206,29 „
Bestand für das Jahr 1916:	1 844,17 Mk.

II. Unterstützungskassen:

Einnahme der Begräbniskasse	9 098,60 Mk.
Ausgabe	603,60 „

Zusammenstellung:

Einnahme	9 098,60 Mk.
Ausgabe	603,60 „
Bestand für das Jahr 1916:	8 495,— Mk.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 46 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 16. April 1916.

Geistreiche Kunststücke, die nicht zum Ziele führen.

Manche Personen und auch manche Zeitungen bemühen sich, den politischen Standpunkt der „Gazeta Grudziadzka“ und ihres Herausgebers zu verfehlern.

Vor mehreren Tagen wurde von nationaldemokratischer Seite in Posen das Gerücht verbreitet, Herr Viktor Kulerski gehöre zu den Herausgebern der in Lissa demnächst erscheinenden Zeitung „Kraj“.

Aus Anlaß unseres Artikels, in dem wir über das Verhältnis der polnisch-katholischen Volkspartei zur „Kurjer“-Partei sprachen, erschienen in manchen Zeitungen gar interessante Artikel. Diese Artikel bemühen sich, in den Lesern der betreffenden Blätter den Eindruck hervorzurufen, als ob der politische Standpunkt der „Gazeta Grudziadzka“ derselbe wäre, wie der politische Standpunkt des „Katolik“, ferner wie der des noch nicht geborenen „Kraj“ und schließlich wie der des „Goniec Wielkopolski“. Natürlich sollte auch der politische Standpunkt unseres Herausgebers, des Herrn Kulerski, derselbe sein, wie der der Herren Napieralski, Dombek und Miłski usw. Was jene Zeitungen beabsichtigen, ist klar, unsere Leser werden das sicherlich wissen.

Anscheinend haben jene Zeitungen darauf spekuliert, daß ihre Sache gelingen, die „Gazeta Grudziadzka“ wegen gewisser Befürchtungen zu diesem Artikel schweigen wird. Die „Gazeta Grudziadzka“ hegte jedoch niemals Befürchtungen, wenn es sich um ihr eigenes Fell handelte. Das hat sie im Kriege stets bewiesen, vielfach aber auch in der Zeit vor dem Kriege. Die „Gazeta Grudziadzka“ hat z. B. nicht verschiedene Sachen geschrieben, die andere Zeitungen aus Furcht schrieben. Die „Gazeta Grudziadzka“ brachte viele Sachen, die andere Zeitungen nicht brachten, weil sie Furcht hatten, sie aufs Papier zu setzen.

Die „Gazeta Grudziadzka“ und ihr Herausgeber haben auch ihren nationalen Standpunkt jederzeit mit ganzer Energie vertreten, und diesen Standpunkt auch nicht einen Augenblick verlassen. Es gab bekanntlich aber solche Personen, die aus Furcht anders verfahren.

Die „Gazeta Grudziadzka“ und ihr Herausgeber hegen immer nur diese eine große Furcht, nichts zu tun oder zu schreiben, wofür unser ganzes katholisches Volk leiden könnte.

Wir schreiben den vorstehenden Artikel nicht gern, können aber den Herren und Zeitungen, die uns gerne auf den Standpunkt des „Katolik“ und „Goniec“ stellen möchten, nicht die Freude bereiten, daß wir schweigen. Wir bemerken, daß wir, wie wir die Verantwortung für die Politik des „Kurjer Poznański“, nicht tragen können, auch nicht daran denken, die Verantwortung für die Politik des „Katolik“ zu übernehmen. Die „Gazeta Grudziadzka“ und auch Herr Kulerski sind von dem politischen Standpunkte der Nationaldemokraten und des „Kurjer“ weit entfernt, sie sind aber auch weit entfernt von dem politischen Standpunkte des „Katolik“ und des Herrn Napieralski. Wir wünschen, daß auch das jedem klar werde.

Die „Gazeta Grudziadzka“ und Herr Kulerski stehen auf dem Grunde der polnisch-katholischen Volkspartei, deren Programm wohl bekannt ist, und diesen Standpunkt haben sie nicht einen Augenblick verlassen. Wir denken auch jetzt nicht daran, den Spuren der Posener Sektierer, der Nationaldemokraten und des „Kurjer“, zu folgen, auch nicht dem „Katolik“ und dem Herrn Napieralski. Wir gehen vielmehr unseren eigenen Mittelweg; denn wir glauben daran, daß dieser Weg unserer Volksgesamtheit die sichersten Vorteile bringen wird.

Wir sind auch der Meinung, daß man auf diesem Wege am schnellsten zu den Zugeständnissen und Erleichterungen der Regierung für unser polnisches Volk und die ganze Volksgesamtheit gelangen kann. Und vor diesen Zugeständnissen scheuen wir keineswegs zurück, wie das manche Stützen der nationaldemokratischen Partei tun, die selbst kein Polen haben wollen

wenn die Wiederaufrichtung dieses Polens nicht nach ihrem Rezepte vor sich geht. Man könnte geradezu weinen über diese Art der politischen Wirrnisse, die man eine Gemütskrankheit nennen könnte. Es gibt unter ihnen zwar auch solche Personen, die Erleichterungen und Vorteile von Seiten der Regierung für sich persönlich so viel als möglich haben möchten, und alles nehmen, was zu kriegen ist. Sie fürchten sich aber vor dem Polen, das nicht nach ihrem Rezept hergerichtet ist, sie fürchten sich vor den Zugeständnissen der Regierung für die polnische Volksgesamtheit. Diejenigen aber, die nicht für sich, sondern für das polnische Volk und für die ganze polnische Volksgemeinschaft diese Zugeständnisse so schnell als möglich haben möchten, zeihen sie des nationalen Verrats.

Anderes verhält es sich mit uns. Ein wiedererrichtetes Polen nehmen wir an, in welcher Form es auch sei, und zwar von jedem, der es aufrichten will und der dies auch wirklich fertig bekommt. Und wir werden darin, im Gegensatz zur „Godzina Polski“, stets die Vorsehung Gottes erblicken. Es ist auch eine natürliche und menschliche Sache, daß sich in den Herzen derer, denen man die tatsächliche Freiheit schenkt, das Gefühl der Dankbarkeit regen muß. Wir möchten der Zugeständnisse und der Erleichterung seitens der Regierung für unser Volk und für die ganze Gemeinschaft soviel als möglich wünschen; denn wir meinen, daß das polnische Volk und die gesamte Volksgemeinschaft genug gelitten haben — nicht durch ihre Schuld, sondern zu einem bedeutenden Teile u. a. auch aus Anlaß der politischen Fehler manch eines unserer Politiker älterer und neuerer Zeit. Einmal sollte man doch das verstehen und wie ein kluger Politiker Nutzen ziehen aus der Zeit, in der eine Umkehr mit Ehren möglich ist. Es ist gewiß, daß wir als die Schwächeren die Hand nicht zuerst ausstrecken; wir sollten aber auch nichts tun, was dem Stärkeren das Darreichen der Hand erschwert. Und wenn er sie tatsächlich darbietet, dann muß man sie mit Würde, aber auch mit dem Ausdruck der Zufriedenheit ergreifen.

Was den „Goniec Wielkopolski“ anlangt, so ist bekannt, daß die Nationaldemokraten und der „Kurjer“ dem „Goniec“ näher stehen als die „Gazeta Grudziądzka“. (Wir bemerken, daß wir mit dem Artikel, der seinerzeit im „Goniec“ erschienen war, nur teilweise einverstanden sind, — insbesondere haben wir es als einen Fehler angesehen, den „Dziennik Poznański“ anzugreifen, der gar nicht daran denkt, unter das Kommando der Nationaldemokraten und des „Kurjer“ zu gehen, wie ihm das im „Goniec“ zum Vorwurf gemacht wurde.)

Wenn sich dagegen jemand, sei es der „Goniec“, sei es der „Katolik“, unserem grundsätzlichen Standpunkt und unseren Ansichten über die Nationaldemokraten und ihre Politik nähert, so kann uns das nur angenehm sein; denn wir haben fast 6 Jahre lang nur einzig und allein gegen die Nationaldemokraten gekämpft, während sich der „Katolik“ von dem Kampfe fern hielt. Ein solches Sichnähern ist in gewisser Beziehung eine Anerkennung der Billigkeit unseres Standpunktes und unserer Ansichten; es ist das für uns gewissermaßen eine Kontrolle der Billigkeit unserer Ansicht; niemals aber kann man das als einen Beweis für die Änderung unseres prinzipiellen Standpunktes ansehen.

Hinsichtlich der Schädlichkeit der Politik der Nationaldemokraten haben die „Katolik“-Blätter und vielleicht auch der „Goniec“ ähnliche Ansichten, wie die „Gazeta Grudziądzka“. Das bedeutet aber noch nicht, daß die „Gazeta Grudziądzka“ oder ihr Herausgeber auf dem Standpunkte des „Katolik“ oder des „Goniec“ oder auf dem Standpunkte der Herren Rapierski oder Miłski stehen, das umsoweniger, als

doch auch diese Zeitungen und diese Herren prinzipielle Unterschiede trennen. Es kommt vor, daß sogar Parteien, die sich für gewöhnlich sehr stark bekämpfen, in manchen Sachen übereinstimmen. Man kann daher die „Gazeta Grudziądzka“, die „Katolik“-Blätter und den „Goniec“ und ferner die Herren Rulerski, Rapierski und Miłski nicht etwa in einen Topf stecken; denn auch wir werden ja diese Nationaldemokraten und andere Politiker, die sich vor den Zugeständnissen der Regierung für unser Volk und für die ganze Volksgesamtheit fürchten, nicht in einen Topf bzw. in ein Lager stecken, wir werden sie nicht zusammenbringen mit den Mitgliedern und Anhängern des „Ostmarkenvereins“, die sich ebenfalls vor den Zugeständnissen der Regierung für die Polen fürchten und sie nicht haben wollen.

Wir wollen uns auch nicht hinstellen als unfehlbare Leute, denn solche gibt es auf der Welt nicht. Wir werden auch niemanden des nationalen Verrats zeihen, weil wir mit seinem politischen Standpunkte nicht einverstanden sind, im Gegenteil, wir sind der Meinung, daß jeder auf seine Weise der nationalen Sache dienen will. Wenn es hinsichtlich des nationalen Dienstes eine Verständigung nicht gibt, so sind einzig und allein die Nationaldemokraten daran schuld, die eine Verständigung in dieser Beziehung nicht haben wollten, obgleich die „Gazeta Grudziądzka“ so oft dargetan hat, daß eine solche Verständigung durchaus notwendig sei. Wir werden auch stets zugeben, daß wir uns irren, wenn uns jemand nachweist, daß wir in der Tat unrecht hatten.

So viel als Antwort auf die Absichten, unseren politischen Standpunkt und unsere Bestrebungen zu verschleiern. Diese Absichten entspringen nicht der Nächstenliebe, auch nicht der Vaterlandsliebe. Sie erinnern uns lebhaft an den letzten Artikel der „Ostmark“, der gegen die „Gazeta Grudziądzka“ gerichtet war. Es ist hierbei nur der Unterschied, daß diesmal diese Arbeit von polnischer Seite ausgeht, und daß ihr Zweck deutlich zu erkennen ist. Für uns und für alle Leute, die denken können, ist der Umstand, daß die „Gazeta Grudziądzka“ und Herr Rulerski während des Krieges durch eine ganze Reihe von Zeitungen angegriffen worden sind, die sich in der Richtung des Ostmarkenvereins bewegen, wie z. B. durch die „Ostmark“, die „Alldeutsche Blätter“, die „Unabhängige Nationalkorrespondenz“, die „Rheinisch-westfälische Zeitung“ u. a., der beste Beweis dafür, daß die Politik der katholisch-polnischen Volkspartei für die polnische Volksgesamtheit die passendste und vorteilhafteste ist. — Diese Politik fürchten die Anhänger des „Ostmarkenvereins“ und jener Zeitungen am meisten, nicht aber die Politik der Nationaldemokraten und derer, die mit ihnen sympathisieren. Und das ist, angesichts der oben gekennzeichneten Arbeit, für uns eine Freude. —

Aus Nr. 89 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 16. April 1916.

Die Bank Ludowy — Volksbank — in Thorn

hat am 9. April Konkurs angemeldet. Die Ursache des Zusammenbruchs war, wie man uns mitteilt, eine mangelhafte Kontrolle des Aufsichtsrats, welcher der Direktion der Bank in der Abschließung zweifelhafter Geschäfte, die trotz wiederholter Ermahnungen der Revisoren nicht nachgeprüft wurden, zu viel freie Hand ließ. Überdies sind auch Unstimmigkeiten in der Kassensführung bemerkt worden. Alles das trug dazu bei, um die Bank zu ruinieren. Der Verband der Erwerbsgenossenschaften hat der Bank Ludowy in Thorn gegenüber alle Vorschriften und Vorsichtsmaßnahmen angewandt, die der Charakter des Verbandes und das Fehlen einer anderen Exekutive im Sinne des Gesetzes

zuließ. Das erwünschte Ergebnis blieb jedoch in Betracht dessen, daß das eigentliche Kontrollorgan — der Aufsichtsrat — ständig versagte, aus.

Die wirklichen Verluste lassen sich vorläufig noch nicht feststellen; sie sind aber auf jeden Fall sehr erheblich.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 58 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 16. April 1916.

Zur Rede des englischen Ministerpräsidenten, gehalten aus Anlaß des Besuches französischer Parlamentarier in England, schreibt die „Gazeta Opolska“ folgendes: Soviel Asquith. Er wiederholte in seiner Ansprache die Absichten Englands über die Vernichtung des preußischen Militarismus. Wenn wir seine vorhergehenden Reden mit der letzten Ansprache vergleichen, so fällt uns der etwas ruhigere Ton auf. Die vorhergehenden Reden waren sehr aufgebläht, die letzte Rede dagegen ist gewissermaßen traurig — in der Voraussetzung, daß England sein Ziel, wörtlich genommen, nicht erreichen wird. Asquith erklärt, was er durch die Umschreibung der Absicht der Zertrümmerung des preußischen Militarismus sagen wollte, und diese seine Erklärung hat augenscheinlich nur eine Bedeutung in der Theorie, weniger in der Praxis, denn es werden immer stärkere und schwächere Staaten existieren. Die schwächeren Staaten werden auch stets mit den Absichten der stärkeren Staaten rechnen müssen. Asquith sprach auch über das gegenseitige Verhältnis Englands zu Frankreich, über Rußland und Italien jagte er nichts. Es fällt auf, daß er ins besondere über Rußland nichts gesagt hat.

Die Friedensbedingungen Englands, durch Asquith gekennzeichnet, sind derart, daß sie mit den Friedensbedingungen Deutschlands, wie sie in größeren Umrissen der deutsche Reichsfanzler gab, schwer in Einklang zu bringen sind. Bemerkenswert jedoch ist das, daß beide Staatsmänner, wie wohl sie noch eine tiefe Kluft trennt, sich in ihren Reden mit der Friedensangelegenheit befassen. Vielleicht wird ein weiterer Gedankenaustausch diese Männer einander näher bringen. In jedem Falle aber werden die Heere noch weiterhin kämpfen, um in militärischer Hinsicht bessere Bedingungen für den kommenden Friedensschluß zu erreichen.

Aus Nr. 80 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 7. April 1916.

Rückblick auf die polnisch-russischen Verhältnisse.

Unter der obigen Überschrift führt das Blatt u. a. folgendes aus: Vor zehn Jahren begann in Rußland die sogenannte Freiheitsära. Es wurden in dieser Zeit Konstitutionen ausgearbeitet, und es begannen die Wahlen zur Duma. Alle Bürger des russischen Staates fingen an, freier zu atmen. Auch die Polen des russischen Gebietsteiles gaben sich der Hoffnung hin, daß der politische Frühling Rußlands ihnen Freiheit und die Möglichkeit der nationalen Entwicklung bringen werde.

Aber alle diese Hoffnungen verwandelten sich in ein Nichts. Langsam begann die Regierung den Bürgern die Freiheit zu schmälern. Bei den Polen wandte sie wieder das System der Verfolgung an. Es erfüllte sich nicht die Hoffnung der Polen, die da glaubten, daß nach dem russisch-japanischen Kriege ein neues, voll erhabener Tugenden und allen seinen Bürgern, vor allen Dingen den Polen, Freiheit bringendes Rußland erstehen würde.

Weil sich die Sache so verhält, haben auch alle Manifestationen und Erklärungen der russischen Regierung für uns Polen keinen Wert. Das Wesen des polnischen Volkes steht seit Jahrhunderten in Widerspruch mit dem Wesen der Russen — wie Feuer zum Wasser. So war es, und so wird es auch bleiben. Die Polen müssen im Interesse der Selbsterhaltung danach trachten, sich von Rußland für immer loszumachen. Ein von dem russischen Geistesstiefstande und von der russischen Sumpfmoral befreites Polen wird zum neuen nationalen Leben erwachen; es wird im Verein mit den Zentralmächten einen neuen Abschnitt seines Lebens beginnen, in welchem es, seiner Natur und Tradition getreu, die geschichtliche Aufgabe erfüllen wird, die ihm die Vorsehung Gottes vorgezeichnet hat.

Aus Nr. 85 des Dziennik Śląski (Königshütte)
vom 13. April 1916.

Mit Rußland oder mit den Zentralmächten?

Das Ergebnis des Krieges wird entscheiden, ob die Schicksale Polens mit Rußland oder mit den Zentralmächten verknüpft sein werden. Nicht das polnische Schwert, sondern die Waffen der Zentralmächte werden das letzte Wort darüber sprechen. Wir Polen werden gut tun, wenn wir überlegen, was für Polen besser ist: ob mit Rußland oder mit den Zentralmächten.

„Der Sieg Deutschlands und Österreich-Ungarns“, so schreibt Eduard Grabowski in der „Mysl Polska“, „liegt im Interesse nicht nur der demokratischen Politik in Polen, sondern auch in dem anderer Länder, vor allen Dingen aber in dem Rußlands. Er liegt im Interesse des römischen Katholizismus; er liegt im Interesse tiefer verstandener, nationalistischer polnischer Politik.“

Der Kampf Österreich-Ungarns und Deutschlands mit Rußland ist ein Kampf auf dem östlichen Terrain des römischen Katholizismus mit der Orthodogie. Österreich-Ungarn ist heute das am meisten katholische Reich der Welt. Der König der Ungarn trägt nicht umsonst den Titel „Seine Apostolische Majestät“. Der Sieg Rußlands, die Einnahme Galiziens würde die freiwillige Umkehr zum orthodoxen Glauben von 4 Millionen Uniten und die endgültige Preisgabe der Union bedeuten. Die Ausbreitung des österreich-ungarischen Einflusses im Osten, in Podolien, Wolhynien und in der Ukraine, die Freiheit des Bekenntnisses in Litauen dagegen bedeutet die Festigung der Einflüsse des Katholizismus daselbst, die Ausbreitung der Union unter den seit langem mit der Orthodogie „vereinigten“ Ukrainern und Weißrussen.

Im Königreich Polen hat sich die Meinung noch nicht in gehöriger Weise geklärt. Der Prozeß dieser Klärung geht nur langsam vonstatten. Ein wichtiger Faktor dieser Klärung ist die Frage: Moskowit oder Deutscher? Von zwei Übeln wählt man manchmal das kleinere, weniger gefährlichere — den unkultivierten Moskowiten, der dank seiner Dummheit und Unbeholfenheit weniger gefährlich in der Russifizierung ist, als der kultivierte und tatkräftige Deutsche in der Germanisation.

In der letzten Beweisführung scheint tatsächlich die Schwere der Argumente des Moskowitertums zu liegen. Das Argument des weniger Gefährlichen im Osten ist für viele ehrenhafte Leute entscheidend in ihren Sympathien.

Wie oberflächlich ist jedoch das Äußere der auf dieses Argument sich stützenden Entscheidung! Die ehrenhaften Leute wissen, daß die Zusammenschmiedung Polens mit Rußland Polen nur Barbarei bringt, und sie behaupten trotzdem, daß ihre Schritte nicht fremd sind, daß, wenn auch ihre heutige Politik nicht

zufriedenstellend ist, es mit der Zeit zweifellos besser wird. Andererseits sehen sie aber ein, daß das Verhältnis Polens zu Rußland daselbe bleibt. Polen wird verbunden mit Rußland stets im untergeordneten Verhältnis stehen. Die Regierungsmaßnahmen in einem russischen Polen werden dann stets im Widerspruch zu den Bedürfnissen des Landes stehen. Der Inhalt der Verfügungen wird sich ändern — das Verhältnis bleibt unzweifelhaft daselbe. Das erkennen auch die oberflächlichen russophilen Politiker. Direkt entgegengesetzt verhalten sich die Dinge, bei einem evtl. Bündnis Polens mit dem Westen. Würde Galizien nicht zu Österreich gehören, dann würde es sicherlich kein Wahlrecht und auch nicht die politischen Freiheiten besitzen, die es heute besitzt. Während die westlichen Länder mit Österreich und Preußen an der Ausbreitung der Kultur und Aufklärung mitwirken, verhalten sich die Dinge in Russisch-Polen anders. Die Wälder Nord-Rußlands werfen auf die Weichselniederungen einen breiten Schatten. Die Turkestanen und Sibirier haben einen großen Einfluß auf die politischen und sozialen Einrichtungen Polens. Im Rahmen eines Staates ist es schwierig, ein so vielseitig gemischtes Volk unter einen Hut zu bringen. Wenn auch die Asiaten und Russen einigen Nutzen davon haben, daß der Staatsorganismus mit den weit aufgeklärteren Polen, Litauern und Finnländern rechnen muß, so tragen doch die Regierungsmaßnahmen diesen Bedürfnissen wenig Rechnung.

Und dieses Verhältnis der Einrichtungen und Bedürfnisse in Rußland ist nicht etwa eine vorübergehende Sache, sondern eine dauernde im Bunde mit dem Osten.

Das berücksichtigen weder die Russophilen aus Furcht vor Deutschland noch die Russophilen, die an einen Fortschritt in Rußland glauben, auch nicht die russischen Staatsmänner, die auf eine Revolution im russischen Reiche hinarbeiten.

Diese letzteren, die staatlichen Revolutionäre, messen auch diesem Umstande zu wenig Bedeutung bei, daß ein siegreicher Krieg die Reaktion auf lange Zeit zur Herrschaft bringen wird, daß die Revolution die Niederlage der Regierung beschleunigt, daß von der Niederlage nicht nur die Handelsinteressen betroffen werden, sondern daß der empfindlichste Schlag der Verlust von Territorium ist und daß, wer aufrichtig eine Reform in Rußland wünscht, heute einen weitgehenden russischen Verfall wünschen muß. Das Territorium, welches Rußland in diesem Kriege verlieren kann, ist nicht das Gouvernement Warschau oder Kasan, sondern es sind die polnischen Lande, Litauen, die baltischen Provinzen und der Kaukasus. Deshalb müssen die Leute, die auf dem Boden der Revolution in Rußland stehen, zu dem Wunsche der Losreißung Polens von Rußland gelangen.

Aus Nr. 82 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 9. April 1916.

Unter der Spitzmarke:

In Sachen der Freiheit des heiligen Vaters

schreibt das Blatt u. a. folgendes:

Der italienischen Regierung ist es nicht eingefallen, den heiligen Vater vor den Überfällen der Freimaurer zu schützen. Es kommt somit wieder die ganze Schrecknis der Lage des heiligen Vaters an den Tag. Deshalb müssen die katholischen Völker immer energischer gegen einen solchen Stand der Sache protestieren. Insbesondere muß das unser polnisches Volk tun, denn es besitzt im heiligen Vater den einzigen, wahren Freund. Angesichts dessen gestatten wir uns, auch unsere Abgeordneten daran zu

erinnern, daß unsere katholische Volksgesamtheit, insbesondere aber unser polnisch-katholisches Volk, seit langer Zeit auf ein entsprechendes Hervortreten in der römischen Frage wartet.

Aus Nr. 79 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 6. April 1916.

Das Blatt weist auf die Ausführungen des „Goniec Wielkopolski“ und der „Gazeta Grudziądzka“ über die Nationaldemokratie in Preußen und die polnische Volksgesamtheit hin und bemerkt dazu folgendes:

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, daß auch wir mit der Meinung des „Goniec“ und der „Gazeta Grudziądzka“ einverstanden sind. Da diese beiden Zeitungen und auch wir gegen die Politik der nationaldemokratischen Partei Front machen, so geht daraus hervor, daß der überwiegende Teil der Volksgesamtheit gegen diese Politik ist; denn der „Goniec“, die „Gazeta Grudziądzka“ und unsere Zeitungen zählen zusammen 180 bis 200 000 Abonnenten, während die nationaldemokratischen Blätter kaum 15 bis 20 Prozent dieser Zahl aufweisen können. Wie lange wird sich das Posener Volk noch von der Nationaldemokratie an der Nase herumführen lassen?

Aus Nr. 85 der Gazeta Ludowy (Rattowitz)
vom 14. April 1916.

Streitsüchtige Politiker.

Manche polnische Zeitungen halten die gegenwärtige Zeit für geeignet, um politische Streitigkeiten zu erledigen. Wir sehen, wie in deutschen Blättern alle Parteigegensätze geschwunden sind, wie nach der Losung des „Burgfriedens“ die Redakteure deutscher Zeitungen alles zu meiden suchen, das den inneren Frieden trüben und die Lage des deutschen Volkes schwieriger gestalten könnte. Die Deutschen haben gezeigt, daß sie der großen Sache wegen Disziplin zu halten vermögen. Unsere Leser wissen, daß wir seit Beginn des Krieges wegen des Wohles unseres Volkes alle politischen Händeleien beiseite gelassen haben, daß es uns niemals eingefallen ist, irgend eine Zeitung anzugreifen, die einen anderen Standpunkt vertritt als wir. Wir haben uns darauf beschränkt, Vorwürfe abzuweisen, die man gegen die Männer erhoben hatte, die am Steuerruder unserer Politik stehen.

Nicht so verfahren aber andere polnische Zeitungen. Sie ziehen Vorteil aus der gegenwärtigen Kriegszeit; sie möchten ihren besonderen Parteibraten gebraten haben. Weil sie trotz der großen Zahl der Abonnenten beim Volke kein Gehör finden können, ergießen sie ihre Bosheit über die, denen sie die Schuld für ihre schlechte Lage zuschreiben; insbesondere haben sie es auf die Nationaldemokraten abgesehen. Wir schrieben in den letzten Nummern von den Überfällen auf die Nationaldemokraten von seiten des „Goniec Wielkopolski“, der „Gazeta Grudziądzka“ und der Beuthener Zeitungen.

Unter der Überschrift „Die Nationaldemokratie in Preußen und die polnische Volksgesamtheit“ schreibt der „Goniec Wielkopolski“, daß die nationaldemokratische Partei, obgleich nicht zahlreich, dank ihrer Regsamkeit und Rücksichtslosigkeit der Volksgesamtheit ihre Meinung aufdränge und sich bemühe, sie zu regieren, weshalb die ganze Volksgesamtheit die Folgen dieser Politik zu tragen habe, wenngleich sie zum größten Teile diese Politik nicht rühme, daß die Nationaldemokratie, wenn gleich sie häufig von der Demokratie und dem Volke spreche, weder demokratisch noch völkisch sei usw. Der „Goniec“ verlangt fernerhin, die demokratische Partei

solle nur in ihrem Namen und nicht im Namen der ganzen Volks-gesamtheit sprechen.

Die „Gazeta Grudziadzka“ wiederum schreibt, daß sich die Folgen der fehlerhaften Politik der Nationaldemokraten in sehr offenkundiger Weise in Galizien gezeigt und der polnischen Sache daselbst sehr geschadet hätten und anderes mehr.

Der „Kurjer Słaski“ wiederum meint, daß er mit den Ausführungen des „Goniec“ und der „Gazeta Grudziadzka“ einverstanden sei. Weil die beiden Zeitungen und auch der „Kurjer“ gegen die Politik der nationaldemokratischen Partei Stellung nahmen, so gehe daraus hervor, daß der überwiegende Teil der Volks-gesamtheit auch gegen diese Politik sei; denn der „Goniec“, die „Gazeta Grudziadzka“ und die „Katolik“-Zeitungen zählten zusammen 180- bis 200 000 Abonnenten, während die nationaldemokratischen Blätter kaum 20 Prozent dieser Zahl aufweisen könnten. Wie lange werde sich das Posener Volk noch von der Nationaldemokratie an der Nase herumführen lassen!

Soviel die Beuthener Zeitungen. Wider Willen hat der Redakteur der Beuthener Blätter hier sich selbst und seinen Anhängern ein gar trauriges Zeugnis ausgestellt. Nach seiner Behauptung zählen die Beuthener Blätter, der „Goniec“ und die „Gazeta Grudziadzka“ zusammen 180- bis 200 000 Abonnenten, die nationaldemokratischen Zeitungen dagegen nur 15 bis 20 Prozent dieser Zahl. Und trotzdem regieren nicht die hinter diesen Zeitungen stehenden Politiker im Volke, sondern die Männer, hinter denen die Zeitungen mit einer so kleinen Zahl von Abonnenten stehen. Daraus ist zu ersehen, daß nicht die Zahl der Abonnenten über die Einflüsse entscheidet. Mögen diese Politiker, anstatt über die Nationaldemokraten zu schimpfen und über ihre schwindenden Einflüsse zu weinen, lieber über die Ursachen dieser Erscheinung nachdenken.

Aus dem Innern und Westen Deutschlands.

Aus Nr. 88 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 15. April 1916.

„Die Ukraine“.

Unter diesem Namen besteht und wirkt in Berlin eine politische Organisation, die den Zweck hat, die öffentliche Meinung in Deutschland mit den Aspirationen der Ruthenen bekannt und vertraut zu machen. Gestern fand im Sitzungssaale des preußischen Abgeordnetenhauses die erste öffentliche Versammlung dieser Organisation statt. Dem Vorstande der Organisation gehören außer ehemaligen Ministern und Generalen bekannte Vertreter der Großindustrie und der Presse (auch der katholischen) an. Gestern war der große Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses mit einem auserlesenen Publikum gefüllt. Alles das ist ein weiterer Beweis dafür, daß es die Ruthenen verstehen, ihre Interessen zu vertreten, und daß in dieser Hinsicht — namentlich wir von ihnen noch viel lernen können.

Die große Karte mit dem Ruthenenlande, die an der Wand hing, belehrte die Anwesenden darüber, welche Gebiete die Ruthenen für sich beanspruchen. Ihre Aspirationen sind in der Tat keine Kleinigkeit. Ukraine soll sich alles das nennen, was innerhalb der Linie Lublin, Lemberg, Kişiniow, Djesa, Cherson, Taganrog, Charkow und Czernichow liegt. Es ist dies also ein riesiges Stück Land, das 1 ½ mal größer als das Deutsche Reich ist und 38 000 000 Einwohner zählt. Aus den Lichtbildern, die sich auf einer weißen Tafel zeigten, konnte man gleichzeitig erfahren, aus welchen Elementen sich diese Ziffer zusammensetzen soll. Da war der biedere polnische Bauer aus der

Gegend von Lublin, der Huzule aus den Karpathen und der ukrainische Kosak. Alles das soll die echte und einheitliche Ukraine bilden. Das Publikum hörte diesen Ausführungen kritiklos zu. Nur als sich auf der Tafel die typische Gestalt des russischen Kosaken zeigte, ging ein Geflüster durch den Saal, so daß der Referent selbst nicht ohne eine gewisse Verlegenheit hinzufügte, daß ein solcher ukrainischer Kosak „etwas anders“ sei als jene Kosaken, die Ostpreußen kennen gelernt habe.

Auf einem solchen Niveau wissenschaftlicher Unexaktheit, die vielleicht den Wünschen der ruthenischen Agitatoren gelegen kam, die aber nicht mit der traditionellen Gründlichkeit und Exaktheit der deutschen Wissenschaft rechnete, bewegte sich und blieb die gestrige Versammlung von Anfang bis zu Ende. Entschieden haben die Ruthenen Glück in der Politik und kennen ihr Handwerk gut.

Die sachlichen Ausführungen der Redner waren dagegen exakt. Jene südlichen, russischen Provinzen sind in der Tat ein Land, in dem Milch und Honig fließt. Es ist dies ein außerordentlich fruchtbarer Boden, der das beste Getreide, insbesondere Weizen, erzeugt, reich an Mineralien aller Art und deshalb für Rußland ein wirklicher Speicher und der Mittelpunkt seiner landwirtschaftlichen industriellen Produktion ist. Unter diesen Verhältnissen würde natürlich die Losreißung dieses Landes von Rußland für das Zartum eine fürchterliche Niederlage sein und die Redner bemühten sich den Zuhörern die Überzeugung beizubringen, daß die Ruthenen für Deutschland dann einen wirksamen Wall gegen Rußland bilden würden, wenn sie ihn nicht schon heute bildeten. Dieser Gedanke wurde selbstverständlich nur oberflächlich skizziert. Eine Erörterung darüber fand nicht nur aus dem Grunde nicht statt, weil erst ein Viertel jenes Gebiets von Rußland befreit worden ist, sondern hauptsächlich deshalb, weil die Redner dieses Thema, das zu den sogenannten Kriegszielen, deren Erörterung noch verboten ist, gehört, nicht besprechen wollten.

Der Zweck der gestrigen Versammlung war mithin ausschließlich eine Idealisierung der Ruthenen und ihre Verherrlichung als ein Element, dem gewissermaßen der Haß gegen Rußland schon in Fleisch und Blut übergegangen ist und das mithin aus diesem Grunde seit Jahrhunderten furchtbare Verfolgungen erleiden muß, und deshalb absolut zuverlässig ist. Ist es in Wirklichkeit so? Das gestrige Publikum schien sehr rasch vergessen zu haben, unter welchen Verhältnissen im Herbst des Jahres 1914 die russische Armee in Ostgalizien einmarschierte und was darüber die österreichische Presse und sogar die halbamtlichen Mitteilungen berichteten. Sie bestätigten oft, daß gerade im Ruthenenlager und insbesondere bei den ruthenischen Popen die russischen Heere erfolgreiche Unterstützung fanden. Es darf deshalb angenommen werden, daß z. B. die Ansichten des österreichischen Generalstabes sich von der Stimmung, die gestern in dem Sitzungssaale herrschte, sehr unterscheiden.

Auf jeden Fall ist die Tatsache, daß in der Hauptstadt Deutschlands vor einem gewählten Publikum hervorragende deutsche Politiker solche kritiklose Ansichten vorbringen konnten, geradezu erstaunlich, und beweist, wie geschickt die Ruthenen die deutsche Volks-gesamtheit zu hypnotisieren verstanden. In Wirklichkeit besteht die Tapferkeit der Ruthenen, die sich bisher gezeigt hat, darin, daß mehrere ihrer Politiker, die der Unterstützung der deutschen Parteien und der immer mehr oder weniger zentralistischen Regierung sicher waren, auf dem Wiener Pflaster mit furchtbarer Hestigkeit sich auf die Autonomie Galiziens stürzte, um sich auf diese Weise die Sporen zu verdienen. Daß auf der Universität in Kiew oder Charkow mancher Jüngling von einem ukrainischen Staat träumt und voller Haß gegen das Zartum ist, ist möglich und sogar wahrscheinlich.

Aber in Hunderten von Fällen hat es sich gezeigt, daß auf diese Sitzköpfe die Atmosphäre der russischen Bureaucratie, namentlich aber der Minister in Petersburg, allzusehr beruhigend wirkt, und daß mancher von diesen jugendlichen Verehrern des Szewzenko, nachdem er in der Beamtenlaufbahn aufgerückt war, ein sehr durchschnittlicher russischer Beamter und oft sogar ein Werkzeug brutaler Russifizierung, insbesondere im Königreich Polen wurde.

Die ruthenische Seele ist überhaupt so beschaffen und so schwer zu erforschen, daß ein Anlehn an irgend welcher Kalkulationen an die Haltung der Ruthenen immer an Naivität grenzt. Sicher ist nur eins, nämlich das, daß die Ruthenen nie mit der schwächeren oder besiegten Partei gehen werden. Die ruthenische Bewegung hat zweifelsohne in Galizien vor dem Kriege immer mehr zugenommen und nahm bereits den Charakter eines wirklichen und bewußten Patriotismus an. Daher hat bekanntlich auch das polnische Element, um den Beweis guten Willens zu liefern, den Ruthenen ein Jahr vor dem Ausbruch des Krieges große Zugeständnisse auf dem Gebiete des Schulwesens und der Verwaltung des Landes gemacht.

Aber es zeigte sich auch hier, daß die Ruthenen immer dort zu finden sind, wo der kleinste Widerstand vorhanden ist. Im russischen Gebietsteile hatte, soweit es sich um gereizte Männer und nicht durchaus um junge Akademiker, die auf der ganzen Welt dazu neigen, gegen die Behörden zu demonstrieren, handelt, die ukrainische Bewegung keine bestimmte Physiognomie. Sie machte sich weder in den Revolutionsjahren, noch während des Kampfes in der Duma um das Gouvernement Chelm bemerkbar. Der Unwille zum russischen System ist übrigens kein Monopol der Ukraine, sondern besteht in gleichem Maße in allen Grenzmarken des russischen Reichs, wie z. B. im Kaukasus, in Sibirien oder in den baltischen Provinzen. Wenn die russische Regierung nicht seit 100 Jahren die ukrainische Sprache mit jener unsinnigen und mit der sie den unterjochten Volksstämmen gegenüber immer charakterisierenden Brutalität verfolgt hätte, wer weiß, ob sie dann nicht gerade in den Ruthenen eifrige Anhänger besitzen würde. Es darf nicht vergessen werden, daß die Ruthenen in Rußland fast alle russisch-orthodox sind und daß sie mithin nicht jene Kluft von Rußland trennt, die seit Jahrhunderten zwischen dem katholischen Polen und dem orthodoxen Rußland besteht. Den Nachkommen und Verehrern des Chmielnicki muß die lateinische Kultur und die westeuropäische Ideologie naturgemäß noch fremd sein. Es kann sein, daß nach 100 Jahren die Ruthenen, wenn die Bedingungen sich für sie weiter günstig gestalten, eine Nation werden und zwar eine Nation mit einer eigenen Kultur im weitesten Sinne dieses Wortes. Vorläufig ist ihre zivilisatorische Errungenschaft noch sehr gering und steht in keinem Verhältnis zu ihrem Appetit. Daran hat anscheinend die gestrige Versammlung und insbesondere der Hauptredner, der die Ruthenen das Kulturvolk des Ostens nannte, nicht gedacht.

Aus Nr. 89 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 15. April 1916.

Wer hat das Recht, im Namen der Polen zu sprechen?

Die polnischen Blätter haben seit Ausbruch des Krieges wiederholt das Wort ergriffen, um festzustellen, ob diese oder jene mehr oder minder hervorragende Persönlichkeit oder diese oder jene Gruppe von Leuten das Recht hat, im Namen der Polen zu sprechen. Als der galizische und konservative f. f. Professor Jaworski zusammen mit dem galizischen Sozialisten Daszowski, dem galizischen Hofrat Kosner, und dem galizisch-polnischen Juden Wilhelm Feldmann unter der schwülstigen Firma eines Obersten

Nationalkomitees sich als Vertreter des ganzen Volkes aufzuspielen begannen, wurden sie von den Polen in der ganzen Welt ausgelacht. Man sprach ihnen sogar das Recht ab, im Namen Galiziens zu reden. Das Ende war, daß das galizische Oberste Nationalkomitee ein Hilfsorgan des polnischen Klubs in Wien und dazu berufen wurde, sich der Freiwilligenabteilungen des österreichischen Heeres, die den Namen polnische Legionen annahmen, anzunehmen. Der Polnische Klub im österreichischen Reichstag magt sich, obwohl ihm hervorragende Männer und so erfahrene Politiker, wie der ehemalige österreichische Minister des Äußeren, Graf Goluchowski, angehören und obwohl an seiner Spitze der ehemalige österreichisch-ungarische Finanzminister Bilinski steht, nicht das Recht an, im Namen aller Polen zu sprechen, weil er weiß, daß er nur die Vollmacht seiner galizischen Wähler besitzt und weil er gleichzeitig seine Abhängigkeit von der österreichischen Regierung und von der österreichisch-ungarischen Monarchie fühlt. Deshalb kann auch der galizische Polnische Klub Galizien nur im Rahmen der österreichisch-ungarischen Interessen vertreten und ist nicht befugt, über die Zukunft Galiziens zu entscheiden, sofern es sich darum handeln sollte, das Land in irgend einer Weise zu verpflichten, die außerhalb des Rahmens der Konstitution liegen würde.

Was hier von dem Polnischen Klub gesagt worden ist, gilt auch Wort für Wort für die Polnische Fraktion in Berlin und den Polnischen Klub in Petersburg. Wenn mithin einige polnische Blätter die Frage erörtern, wer die Vertreter der polnischen Volksgesamtheit im russischen Teilgebiet sind, ob die Mitglieder des Polnischen Klubs, die gegenwärtig in Petersburg weilen, oder die, die sich in den von den deutschen und österreichischen Truppen besetzten Gebieten aufhalten, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die in die russische Duma gewählten Abgeordneten nur in der Duma und im Rahmen der russischen Verfassung die polnische Bevölkerung des russischen Teilgebiets vertreten können und dies nur dann, wenn sie an den Sitzungen der Duma teilnehmen. Lediglich in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete dürfen sie nicht im Namen der polnischen Volksgesamtheit Versprechungen abgeben, oder Verpflichtungen, die außerhalb des Rahmens der letzten Konstitution liegen, übernehmen. —

Natürlich haben die Abgeordneten, die außerhalb der vorläufigen oder ständigen Grenzen des Reichs, in welchen sie das Abgeordneten-Mandat erlangt haben, und außerhalb der parlamentarischen Körperschaft, in die sie gewählt worden sind, sprechen, überhaupt nicht das Recht, sich auf ihr Abgeordneten-Mandat zu berufen und irgend jemanden von ihren Wählern und noch weniger die polnische Volksgesamtheit zu verpflichten.

Wenn sie das tun, so ist dies eine rein private Arbeit, und von ihrem moralischen Kredit wird es abhängen, ob die Allgemeinheit ihnen folgen und durch Taten ihre Verpflichtungen bestätigen wird.

Daraus geht doch hervor, daß der Umstand, kein Mandat zu besitzen, denjenigen Polen, die dazu in der Lage sind, nicht das Recht nimmt, zum Wohle ihrer Landsleute auf der internationalen Schaubühne tätig zu sein. Nur müssen sie das ausschließlich im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung tun. Sie dürfen sich nicht Fremden gegenüber als Vertreter der polnischen Volksgesamtheit aufspielen, sie dürfen ferner nicht die Landsleute dadurch täuschen, daß sie sich Einflüsse und Beziehungen zuschreiben, die sie nicht besitzen, und sie dürfen endlich nicht allgemeine Versprechungen als genau umschriebene Verpflichtungen bezeichnen.

Es gibt keine Regierung in Europa, die es während der Kriegszeit zugelassen hätte, innerhalb der Grenzen

ihrer Machtsphäre Beschlüsse zu fassen oder Anschauungen zu predigen, die mit ihren Bestrebungen im Widerspruch stehen würden. Alles was mithin die Polen heute öffentlich reden und schreiben, sei es in Petersburg, in Stockholm, Paris, London oder sogar in der freien Schweiz, ist mithin geknebelt von der Rücksicht auf die Erfordernisse der betreffenden Regierung und auf die persönliche Haltung derjenigen, die das Wort ergreifen. Daher ermangeln heute alle Aufrufe und öffentlichen Erklärungen dessen, was ihnen den Wert eines historischen Dokuments gibt, nämlich der inneren Wahrheit.

Wert haben nur Taten stiller Arbeiter, die sich ohne Mandat, aber aufrichtig darum bemühen, für die Hungernden Brot zu beschaffen, die ferner an der Aufklärung der Volksgeamtheit im gegenwärtigen Augenblick und daran arbeiten, daß ihr in dem Zeitpunkt, in welchem sich nach Beendigung des Krieges Europa an die kulturelle Arbeit machen wird, ihre Rechte im vollen Umfange zuerkannt würden. Wie viel Gutes man durch stille Arbeit schaffen kann, bewies vor 100 Jahren Fürst Adam Izartorski, dieser unvergleichliche Verteidiger der Nation — ohne Mandat — der sein ganzes Leben lang den Landesleuten diente, aber niemals zu Fremden im Namen des polnischen Volkes sprach und niemals die Rechte des Volkes zu Markte trug, in der Erkenntnis, daß niemand hierzu das Recht hat.

Aus den besetzten Teilen Russisch-Polens.

Aus Nr. 103 des Naprzód (Kraukau)
vom 10. April 1916.

Was redet Warschau?

Unser Mitarbeiter hatte Gelegenheit, mit einem augenblicklich in Kraukau weilenden Mitglied des Warschauer Nationalen Zentralkomitees zu sprechen. Dieses Mitglied des nationalen Zentralkomitees hat den gegen die Legende vom „Schweigen Warschaws“ gerichteten Artikel im „Naprzód“ gelesen; dieser Artikel hatte seine Anerkennung gefunden, und er erteilte über dieses darin berührte Thema unserem Mitarbeiter ziemlich ausführliche Informationen. Er stellte vor allem fest, daß sich das politische Leben in Warschau entwickle und in den Organisationen seinen Ausdruck finde.

Welche politische Organisationen sind gegenwärtig in Warschau vorhanden?

Alle diejenigen, die sich in Warschau mit Politik befassen, bilden ein Duzend und mehr Gruppen. Aus diesen sind 3 große Konföderationen entstanden: 1. das Nationale Zentralkomitee, 2. die Liga des polnischen Staatswesens und 3. die zwischenparteiliche politische Fraktion.

Die Entstehungsgeschichte des Nationalen Zentralkomitees ist folgende: Nach der Befreiung Warschaws von den Russen entstand dort der Wunsch, eine allgemeine nationale Organisation nach dem Muster des in Galizien bestehenden Obersten Nationalkomitees zu gründen. In dieser Angelegenheit fand in Warschau eine Zusammenkunft statt, die dort den beabsichtigten Zweck nicht erreichte; und zwar ließ sich eine Einmütigkeit in der Frage der Mitwirkung mit den Mittelmächten nicht erzielen, es fanden sich Gegner dieses Gedankens, die übrigens mit Unrecht Russenfreunde genannt werden; denn sie sind gar nicht russenfreundlich, aber sie können sich zu keiner bestimmten Stellungnahme entschließen, aus Furcht davor, daß die russischen Heere zurückkehren oder das Königreich Polen nach dem Kriege Rußland wieder ausgeliefert werden

könnten. Diese Besorgnis aber hegen immer noch viele im Königreich Polen, und erst die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers wird sicherlich auf ihre Beruhigung einwirken. Da sich demnach eine allgemeine nationale Organisation vorläufig als unmöglich erwies, wurde wenigstens beschlossen, eine Organisation der entschiedenen Gegner Rußlands zu gründen, wobei der ursprünglich planmäßige Grundsatz einer Organisation insofern geändert wurde, als die Organisationseinheiten nicht Parteien, sondern Ortschaften bilden. Man war bemüht, möglichst viele Ortschaften und in diesen möglichst viele Personen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit oder Parteilosigkeit zu organisieren. Diese Organisation fand in den Provinzstädten und auf dem Lande ungeheure Anerkennung; die Intelligenz und die Bauern strömten ihr mit Begeisterung zu. Es wurden ungefähr 100 Ortschaften organisiert. Dann fand am 18. Dezember v. Js. in Warschau eine Zusammenkunft statt, an welcher ungefähr 100 Delegierte teilnahmen, darunter 18 Bauern, ein Duzend und mehr Großgrundbesitzer, Fabrikdirektoren, viele einflußreiche Personen. Diese Zusammenkunft wählte das nationale Zentralkomitee mit dem Recht der Kooperation.

Welches ist das Programm des nationalen Zentralkomitees? Dieses Programm, welches gedruckt veröffentlicht wurde, macht den einzigen grundsätzlichen Vorbehalt der Unabhängigkeit des Königreichs Polen, darüber hinaus ist es ziemlich elastisch, es erklärt nämlich: „Wir sind bereit, eine solche Form zu unterstützen, die sich für die national-staatlichen Interessen Polens am vorteilhaftesten erweisen wird“.

Welches ist das Verhältnis des Nationalen Zentralkomitees zum Obersten Nationalkomitee?

Das freundlichste. Schon in seinem Programm hat das Nationale Zentralkomitee hervergehoben, daß es eine Verständigung mit dem Obersten Nationalkomitee anstreben werde.

Und welche Tätigkeit entwickelt das Nationale Zentralkomitee?

Es besitzt drei Abteilungen: die Organisations-, Finanz- und Presse-Abteilung. Die erste läßt in der Organisationsarbeit nicht nach. Die Finanz-Abteilung strebt danach, alle nationalen Geldsammlungen im Königreich Polen zu vereinheitlichen, um einer Zersplitterung in der Sammlung von Geld durch die Gruppen und durch die eifrigen Personen, deren es im Königreich Polen sehr viele gibt, vorzubeugen.

Befügt das Nationale Zentralkomitee über irgendwelche Presseorgane?

Gewiß, es sind dies die Publikationen der Partei, welche dem Nationalen Zentralkomitee wohlwollen, sowie eine gewisse Zahl von Tages- und Wochenblättern in Warschau und in der Provinz.

Welche politischen Parteien unterstützen das Nationale Zentralkomitee?

Die Volkspartei, welche aus den früheren drei Bauernorganisationen in einer im November vorigen Jahres abgehaltenen Zusammenkunft geschaffen worden ist, die polnische sozialistische Partei (P. P. S.), welche vier Blätter herausgibt, sowie die polnische Konföderation, welche ebenfalls über mehrere Blätter verfügt und deren Kern der nationale Arbeiterverband ist. In letzter Zeit ist dem Nationalen Zentralkomitee auch die Warschauer Gruppe, genannt Verband der Patrioten, welche bisher lose einherging, beigetreten.

Welches sind die beiden anderen politischen Gruppen, die sich außerhalb des Nationalen Zentralkomitees befinden?

Eine von ihnen ist die Liga des polnischen Staatswesens, gegründet im November vorigen Jahres. Ihr gehören an: die Lodzer Liga des polnischen Staatswesens, eine rührige Organisation, welche ihr eigenes Blatt herausgibt; die nationale Vereinigung, ge-

wöhnlich „Sezession“ genannt; bis in die letzte Zeit gehörte ihm noch die Warschauer Gruppe der sogenannten „Nationalen Radikalen“ an, welche aus der Liga ausgeschieden ist und eine Annäherung der Liga des polnischen Staatswesens mit dem Nationalen Zentralkomitee anstrebt.

Ist diese Annäherung möglich?

Die Liga des polnischen Staatswesens, ebenso wie das Nationale Zentralkomitee stehen entschieden auf Seiten der Mittelmächte, und auf dieser Plattform ist eine Vereinigung möglich, welche Gegenstand des heißen Wunsches der Mitglieder beider Organisationen ist. Dies zeigte sich in der Unterzeichnung der gemeinsamen Erklärung, welche eine russenfeindliche Front feststellt und am 22. Februar d. J. in Warschau veröffentlicht worden ist; diese Erklärung haben außer den dem Nationalen Zentralkomitee angehörigen Organisationen auch die Liga des polnischen Staatswesens, der Verband der Patrioten, der damals noch unabhängig war, die polnische fortschrittliche Vereinigung und die Gruppe der nationalen Arbeit sowie eine ganze Reihe in Warschau bekannter Persönlichkeiten unterzeichnet.

Die dritte politische Gruppe Warschaws, d. i. die sogenannte „Zwischenparteiliche politische Fraktion“, umfaßt die gemäßigten Elemente. Sie setzt sich aus sechs Gruppen, darunter drei konservativen Gruppen zusammen, und zwar aus den Realisten, der Gruppe der nationalen Arbeit und derjenigen Gruppe, die sich von der Nationaldemokratie am spätesten abgesondert hat; weiter gehört hierzu derjenige Teil der Nationaldemokratie, welcher zusammen mit den Russen das Land nicht verlassen wollte und zurückblieb, schließlich die Polnische Fortschrittliche Vereinigung und die Polnische Fortschrittliche Partei.

Welches ist der Charakter dieser Fraktion?

Sie ist eine lose Gruppierung (während das Nationale Zentralkomitee eine feste Organisation ist), sie beruht auf einer Verständigung dieser sechs Parteien.

Hat sich die Fraktion gegen Rußland ausgesprochen?

In ihrer Gesamtheit bis jetzt nicht, nur zwei ihr angehörige Gruppen haben, wie bereits erwähnt, die Erklärung vom 22. Februar unterzeichnet.

Wird sich die Fraktion bestimmt erklären?

Wahrscheinlich wird sie sich in allernächster Zukunft in einer sehr maßvollen Form erklären, oder es wird eine Spaltung eintreten, wobei derjenige Teil, der gegen Rußland ist, zum Anschluß an das Nationale Zentralkomitee reif sein wird.

Auf diese Weise vollzieht sich die politische Konsolidation des Königreichs Polen und geht einem günstigen Ausgang entgegen.

Aus Nr. 105 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 14. April 1916.

Die Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika für Polen

Ist eine Angelegenheit von erstklassiger Bedeutung, zumal da die Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gegenwärtig am brennendsten ist. Schon im November v. Js. begann man, sich mit der Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika in unser Land zu befassen. In einer günstigen Lösung dieser Frage sah man die Rettung für unser Land und muß man sie sehen. Daher tat auch der Vertreter des Brüsseler Büros „Kommission for Relief in Belgium“, welches die Angelegenheit der Versorgung des von den Deutschen im Königreich Polen besetzten Gebiets in die Hände genommen hat, Direktor Kellogg, nachdem er sich während seines Aufenthalts mit

der wirklichen Lage der damaligen Lebensmittelaktion an Ort und Stelle bekannt gemacht hatte, eine Reihe von erfolgreichen diplomatischen Schritten in London und Petersburg durch Vermittelung der amerikanischen Botschaft in Berlin. Ende Januar erklärten Delegierte der „Kommission for Relief in Belgium“ sowie der Rockefeller Stiftung, die Herren Whitney und Walcott, nachdem sie den Lebensmittelstand unseres Landesteiles noch einmal geprüft hatten, im Namen der vertretenden Institute sich bereit, die Aktion der Versorgung unter der Bedingung zu beschleunigen, daß die deutsche Regierung eine Reihe von Bürgschaften gebe und England seine Einwilligung zur Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika erteile. Um eine Intervention bei der englischen Regierung in dieser Angelegenheit bat der Hauptfürsorgerat den heiligen Vater durch Vermittelung des päpstlichen Nuntius in München, indem er in einer dem Vatikan überreichten Adresse den Zustand des Landes in Bezug auf die Lebensmittelfrage schilderte und hervorhob, daß die Delegierten die gewünschten Bürgschaften von der deutschen Regierung erhalten hätten. Außerdem trug die Frage der Lebensmittelfuhr in Rom dem Papste Offizial-Prälat Przewdziecki vor, der dorthin in kirchlichen Angelegenheiten entsandt worden war.

Während der dem Prälaten Przewdziecki am 15. März gewährten Audienz erklärte der Papst, daß er nicht nur die Frage der Lebensmittelfuhr nach Polen unterstütze, sondern daß er die ganze Angelegenheit in seine Hände nehme.

Als offizieller Vertreter zwischen dem Vatikan und dem Komitee in Bevey in der vorstehenden Angelegenheit wurde nach einer Verständigung mit dem Staatssekretär Kardinal Gasparri Herr Mathias Loret auserselzen.

Auf seiner Rückreise hatte Prälat Przewdziecki die Möglichkeit, sich in Bevey zu überzeugen, daß die Aktion der Versorgung Polens mit Lebensmitteln gewisse Fortschritte gemacht habe, da die schweizerischen Behörden sich dahin geeinigt hatten, ihrerseits eine Kontrolle über die Einfuhr von Lebensmitteln sowie über ihre Verteilung unter die Bevölkerung zu organisieren.

Die von der deutschen Regierung den Delegierten der beiden amerikanischen Institute, welche sich zur Versorgung Polens bereit erklärt haben, gegebenen Bürgschaften betrafen folgende 4 Punkte: 1. Sowohl die eingeführten Lebensmittelerzeugnisse als auch die im Lande befindlichen werden von den Okkupationsbehörden nicht requiriert werden; 2. die eingeführten Lebensmittel werden lediglich für die Ortsbevölkerung bestimmt sein; die Verteilung der Lebensmittel unter die Bevölkerung wird von den örtlichen sozial-bürgerlichen Organisationen unter der Kontrolle der amerikanischen Institute ausgeführt werden; 3. die aus Amerika eingeführten Lebensmittel sind vom Einfuhrzoll befreit; 4. Tarifierleichterungen für die Beförderung; innerhalb der Grenzen Deutschlands wird der Eisenbahntarif um die Hälfte ermäßigt, innerhalb des Königreichs Polen wird die Beförderung mit der Bahn unentgeltlich geschehen.

Nach den im Hauptfürsorgerat eingelaufenen Informationen hat der Papst mit Asquith in Rom in Sachen der Erlangung der Einwilligung Englands zur Einfuhr von Lebensmitteln konferiert, aber das Ergebnis dieser Unterredung ist noch nicht bekannt.

Prälat Przewdziecki brachte einen Hirtenbrief an den Erzbischof von Warschau, sogenannte „Litterae Encyclicae“ mit, worin die Hälfte der besprochenen Angelegenheit gewidmet ist.

Um dem heiligen Vater für die herzliche Fürsorge, welche für unser Land heute von so großer

Bedeutung ist, zu danken, hat der Haupttrat an ihn ein Dankschreiben gerichtet.

In letztem Augenblick erfahren wir aus ganz maßgebender Quelle, daß England in die Einfuhr von Lebensmitteln aus Amerika für das von den Deutschen im Königreich Polen besetzte Gebiet eingewilligt hat.

Aus Nr. 106 der Deutschen Warschauer Zeitung vom 16. April 1916.

Der Papst an die polnischen Bischöfe.

Der „Kurjer Warszawski“ veröffentlicht ein apostolisches Sendschreiben des Papstes an die polnischen Bischöfe. Der Brief, den der Pfarrer Przewdzicki (Tschestochau) aus Rom mitgebracht hat, lautet:

An den ehrwürdigen Bruder Alexander, Erzbischof von Warschau, sowie auch an die anderen Bischöfe der Warschauer Provinz.

Benediktus XV., Papst.

Ehrwürdiger Brüder! Gruß und apostolischen Segen zuvor! Beweise Unserer Liebe, die wir in letzter Zeit eurem Volke bewiesen haben, bewogen euch, in einem gemeinschaftlichen, sehr liebenswürdigen Schreiben eure besondere Ergebenheit für Uns und im Namen der Polen Gefühle der Dankbarkeit auszudrücken, was Unserem geplagten Herzen eine nicht kleine Freude bereitet hat, denn das Bild der Schicksalschläge und des Unglücks, die fast ganz Europa getroffen haben, haben Uns vor allem mit Schmerz und Traurigkeit erfüllt. Bei Tage und bei Nacht steht vor Unseren Augen gleich einem Gespenst die überaus traurige Lage Polens, über dem der Schlachtensturm am stärksten wütete. Wir tun alles, soweit es möglich ist, um das Unheil abzuwehren, und wünschen immer mehr zu tun, ja gern so viel, wie eure Lage erfordert. Während wir uns bekümmerten und andere Polen betreffende Angelegenheiten erwogen, erfuhr Wir besonders durch den zu Uns gesandten lieben Sohn Pfarrer Heinrich Przewdzicki von der großen Armut und Not bei euch. Da Wir uns selbst in schwieriger Lage befinden, so können Wir nicht in gewünschtem Maße euren großen Bedürfnissen Hilfe leisten; wir werden jedoch in Unserer väterlichen Fürsorge nicht unterlassen, alles, was in Unserer Macht liegt, für euch zu tun. Besonders werden Wir Uns bemühen, die notwendigsten und unaufschiebbaren Anforderungen zu befriedigen, um dem durch das Übermaß von Schicksalschlägen erschöpften Volke die zum Leben und Unterhalt notwendigen Mittel, so wie den Belgiern, über deren ähnliches Schicksal Wir auch trauern, zur Verfügung zu stellen.

Wir sollen das verdiente Lob eurem Hirteneifer und euren Bemühungen, die ihr besonders in der kürzlich stattgefundenen Konferenz erwiesen habt, auf der die die Verwaltung und Leitung eurer Diözesen in dieser schweren Lage betreffenden Angelegenheiten erörtert wurden. Es ist sehr anerkennenswert und Uns besonders lieb, daß ihr für den 7. Mai in ganz Polen feierliche Gebete für Uns angeordnet habt. Von ganzem Herzen und von ganzer Seele wünschen Wir eurem Vaterlande Erlösung. Eigentlich wünschen Wir das der ganzen Menschheit, was aber nur dann geschehen kann, wenn Gott gnädig auf die ganze Welt sieht. Nach so zahlreichen Schlägen, mit denen Gott Europa heimgesucht hat, können Wir mit dem Propheten sagen: „Im Grimm hat er sich von uns gewandt, aber noch ist seine Hand ausgestreckt, aber das Volk hat sich dem, der es strafte, nicht zugewandt und die Scharen des Herrn nicht gesucht.“ (Jes. IX., XII., XIII.) Wir sollen also erkennen, von wem und in welcher Weise die gerechte Strafe

kommt: in reumütigem Gebet sollen wir zu Gott eilen und nicht aufhören, für unsere Sünden zu büßen. Die heilige Schrift lehrt, daß Gott immer in dieser Weise straft, wenn aber das verirrte Volk für seine Sünden Buße tat und sich besserte, ihm auch schnell Gnade erwies. Es ist für Uns ein großer Trost, daß zwischen euch und dem Stellvertreter Christi verständnisvolle Eintracht herrscht, die von euch niemals gebrochen und jetzt so deutlich bestätigt wurde. Möge das alles euch Gott mit seiner reichen Gabenfülle lohnen, und als besonderen Beweis Unseres Wohlwollens erteilen Wir euch, ehrwürdige Brüder, sowie allen eurer Fürsorge Anheimgestellten von ganzem Herzen Unseren apostolischen Segen.“ Gegeben in Rom, zu St. Peter, am 25. März 1916, im zweiten Jahre Unseres Pontifikats. (Eigenhändig unterzeichnet) Benediktus XV., Papst.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 184 des Głos Narodu (Kraukau) vom 11. April 1916.

„Nicht gewöhnt“.

An einen Artikel des „Berliner Tageblatts“, in welchem anlässlich der Rede des Reichskanzlers gesagt wird, „man könne nicht behaupten, daß die Polen, Balten, Litauer und Letten bisher politisch selbstständige Völker und an Selbstständigkeit gewöhnt waren“, knüpft das Kraukauer Polenblatt folgende Betrachtungen:

Von diesen beiden Axiomen ist der erste zutreffend und wahr. Wir sind keine selbstständige Nation, warum, daß weiß der deutsche Journalist sicherlich ebenso gut wie wir. Umso weniger läßt sich die zweite These verstehen, und sie ist kaum durch etwas anderes erklärlich, als durch den Wunsch, geschichtliche Tatsachen zu einem bestimmten Zweck zu verdrehen. Der Schreiber im „Berliner Tageblatt“ muß wissen, daß seit dem Niedergang unserer politischen Selbstständigkeit noch nicht ein und ein halbes Jahrhundert verflossen ist. Er muß auch wissen, wie oft das polnische Volk Europa „ad oculus“ demonstriert hat, daß es sich der Selbstständigkeit keineswegs entwöhnt hat, wenn es das Recht auf sie mit Blut und Martyrien geltend macht. Wer das erste weiß, des zweiten sich aber erinnert, womit rechtfertigt er da seine These?

Er wird dies sicherlich nicht dadurch bewirken, daß er es auf Grund der Geschichte psychologisch untersucht. Denn wenn 8 Jahrhunderte der Selbstständigkeit die Kollektivseele der Nation erzogen haben, wenn 8 Jahrhunderte in dieser Seele die Tradition des Staatswesens hinterlassen haben, so muß jeder einräumen, daß ein und ein halbes Jahrhundert anderen Lebens nicht davon abgewöhnen konnten, was uns jene acht Jahrhunderte überliefert haben. „Die Toten leben in den Lebendigen“ sagte ein französischer Denker von der Tradition als dem eisernen Kapital des nationalen Geistes. Auch in uns leben diese Toten, die in langen Jahrhunderten als Glieder einer selbstständigen Nation ihr Leben abschlossen. Und wenn von jemanden, so muß es der unparteiische Beobachter, selbst wenn er übelwollend wäre, von uns sagen, daß wir viel gelernt, aber nichts vergessen haben.

Wenn also das „Berliner Tageblatt“ dafür hält, daß ein nicht ganzes Jahrhundert der Selbstständigkeit Belgien mit ihrem Gefühl durchdrungen habe, so sind wir weit entfernt davon, ihm zu opponieren, aber mit umso größerer Tatkraft müssen wir uns auf unsere Jahrhunderte berufen. Mögen sich übrigens die Anhänger des „Berliner Tageblattes“ unser Leben in den drei Teilgebieten näher ansehen. Werden sie in

ihm nicht jene Angewöhnung an die in der sozialen und nationalen Arbeit ausgedrückte Selbständigkeit, in der Arbeit, die zwar durch die Verhältnisse beschränkt, aber so beredt ist, wahrnehmen? Redet ihnen übrigens die Regierungsfähigkeit des Königreichs Polen in der gegenwärtigen Zeit, diese selbe Regierungsfähigkeit, der auch das „Berliner Tageblatt“ Anerkennung gezollt hat, nichts von der Kraft unserer Gewohnheiten? Rechtfertigt schließlich die heutige Einmütigkeit der nationalen Meinung, von der man übrigens auch in den Berliner Redaktionen Kenntnis haben muß, — die Behauptungen im Stile der obengenannten?

Wir haben unseres Erachtens durch eine genügende Argumentation dargelegt, daß sich die These des liberalen Organs vom geschichtlich psychologischen Gesichtspunkt nicht halten läßt. Damit erledigt sich negativ die Frage: Auf welche Grundlagen stützt das „Berliner Tageblatt“ seine Meinung? Logisch genommen, müßte man sich mit der anderen Frage befassen, zu welchem Zweck diese unbegründeten Behauptungen verbreitet werden, — aber darüber werden wir nicht nachdenken. — Es genügt, die Tatsache festzustellen und aus ihr die Schlüsse zu ziehen, Untersuchungen aber, deren grundsätzliche Unfruchtbarkeit wir festgestellt haben, beiseite zu lassen.

Wir messen den Worten keine übermäßige Bedeutung bei. Aber wir verstehen, daß die Fabrikation von Stimmungen für keine Sache, welche sich im Stadium der Kristallisierung befindet, gleichgültig ist. Daher glauben wir, daß man sich ihnen sofort mit ganzem Nachdruck entgegenstellen muß. — Diese Pflicht liegt der Leitung unserer nationalen Politik in Galizien ob, sie liegt denjenigen ihrer Organe ob, welche den Dienst, das Ausland zu unterrichten, übernommen haben. Wenn wir noch die Berliner Journalisten daran erinnern, daß nach den Worten des Reichskanzlers die polnische Frage Deutschland und Österreich-Ungarn lösen werden, so werden wir ihnen zugleich auch die Sachlage vergegenwärtigen, in welcher auch die Kenntnis der polnischen Psyche, welche dem anderthalb Jahrhundert dauernden Zusammenleben mit der österreich-ungarischen Monarchie entspringt, in die Waagschale fallen wird, die Kenntnis, die mehr ins Gewicht fallen sollte und mehr ins Gewicht fallen muß, als alle Kommentare der Tagespresse.

Aus Nr. 180 der Nowa Reforma (Kraukau)
vom 9. April 1916.

Ausschub.

Kraukau, den 9. April 1916.

Nach einem unlängst festgesetzten Programm sollte die Reihe der Akte der sich vollziehenden politischen Konsolidation mit einer allgemeinen Versammlung der Landtags- und Reichsrats-Abgeordneten sowie der Mitglieder des Obersten Nationalkomitees ihren Abschluß finden. Diese Versammlung sollte am 29. April in Kraukau stattfinden und die Wahl des Vorsitzenden des Obersten Nationalkomitees, wozu nach dem Abkommen der Obmann des polnischen Klubs ausersehen ist, vollziehen sowie Neuwahlen zum Obersten Nationalkomitee vornehmen, wobei in dasselbe die von beiden konservativen ostgalizischen Parteien designierten Mitglieder, die durch einen gemeinsamen Beschluß ihren Wiedereintritt in das Oberste Nationalkomitee erklärt haben, hineingelangen würden.

Die Kraukauer Versammlung hätte zweifellos eine hohe Bedeutung nicht nur für unsere Volksgesamtheit in diesem Lande, aber auch für die ganze polnische Nation. Sie wäre vor allem eine Kundgebung der nationalen Einigkeit und der moralischen Kraft, welche dieser Einigkeit entspringt. Sie würde zweifellos als Beispiel wirken (folgen 4 von der österreichischen

Zensur gestrichene Zeilen). Man braucht keine Worte zu verlieren, um zu beweisen, daß eine solche Zusammenkunft nach innen eine sehr bedeutende Stärkung der Gemüter bedeuten würde, nach außen aber als Kundgebung unserer nationalen Tüchtigkeit und ungeschwächten Tatkraft im Handeln und im Streben nach einer besseren Zukunft sein müßte.

Indessen wird der am 15. d. Mts. zusammenkommenden politischen Kommission des polnischen Klubs der Antrag vorgelegt werden, diese Versammlungen zu verschieben. Die Beweggründe dieses Antrags eignen sich unter den heutigen Verhältnissen zur öffentlichen Erörterung nicht. Ihre hinreichende Begründung muß die öffentliche Meinung mit Treu und Glauben und auf die Verantwortung der Antragsteller und der politischen Kommission, welche diesen Antrag höchst wahrscheinlich annehmen wird, hinnehmen.

Unsere leitenden Politiker müssen gewarnt werden, ohne dringenden Grund und ohne wirklich reales Bedürfnis die Fühlung mit der Volksgesamtheit zu schwächen.

Die Kraukauer Versammlung, welche verschoben werden soll, würde sicherlich eine kräftige Stärkung dieser Fühlung bedeuten. Wenn die leitenden Politiker die Versammlung auf unbestimmte Zeit verschieben, so ist natürlich dagegen augenblicklich nichts zu machen. Sie wissen, warum sie sie verschieben. Sie sollen jedoch wissen, daß jeder solcher Ausschub ihre persönliche Verantwortung bedeutend erhöht. —

Aus Nr. 103 des Kurjer Polski (Warschau)
vom 12. April 1916.

Der in Kraukau erscheinende „Zustrowany Kurjer Codzienny“ vom 6. April brachte folgende Mitteilung:

Wien, (Eigenes Telegramm.) In Wien weilten gegenwärtig der Präsident des Obersten Nationalkomitees, Professor Jaworski, der ehemalige Statthalter Dr. Michael Bobrzynski und der Duma-Abgeordnete Lempicki. Gestern vormittags fand eine Konferenz der genannten Persönlichkeiten bei dem Obmann des polnischen Klubs Dr. Bilinski statt. Die Konferenzen betreffen die Angelegenheit der Konsolidation der polnischen Parteien und die Vorbereitungen zu der allgemeinen Versammlung, deren Termin (29. April) bekanntlich verschoben worden ist. Im Zusammenhang damit stehen wichtige diplomatische, die polnische Frage betreffende Unterhandlungen.

Aus Nr. 194 des Czas (Kraukau)
vom 16. April 1916.

Der polnische Klub.

(Mitteilung des Sekretariats des polnischen Klubs).
Wien, den 16. April 1916.

In der am 14. ds. Mts. abgehaltenen Sitzung der politischen Kommission des polnischen Klubs wurde nach einer erschöpfenden Erörterung des Berichts des Obmanns Bilinski beschlossen, sich für die Einberufung einer allgemeinen Versammlung der Abgeordneten, also der Mitglieder des Herrenhauses, der Abgeordneten zum Reichsrat, der ehemaligen Landtagsabgeordneten sowie der Mitglieder des Obersten Nationalkomitees nach Kraukau möglichst auf den schon von der politischen Kommission vordem festgesetzten Termin, nämlich auf den 29. d. Mts. oder spätestens den 3. Mai zu erklären. Weiter wurden programmatische Punkte der polnischen Politik ausführlich besprochen. Schließlich wurde dem Obmann des Klubs der Auftrag erteilt, bei der Regierung dahin vorstellend zu werben, daß auf den Konferenzen, welche in wirtschaftlichen Angelegenheiten Anfang Mai d. Js. in Berlin stattfinden sollen, die Delegierten der gemeinsamen Regierung

und die österreichischen Delegierten in jedem Falle das Gutachten polnischer Fachdelegierten hören sollten.

Im Anschluß an diese Mitteilung schreibt die Krakauer „Nowa Reforma“ vom 17. April 1916:

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Baron Burian, kehrt Montag aus Berlin nach Wien zurück. Man erwartet, daß in nächster Zeit eine Konferenz zwischen dem Obmann Bilinski und Burian stattfinden werde.

Aus Nr. 85 des Kurjer Poznański Posen
vom 12. April 1916.

Unter dem Titel

**„Die Konsolidierung unter der Standarte
des Obersten Nationalkomitees“**

bietet das Blatt einen Überblick über die Ergebnisse der Einigungsverhandlungen zwischen dem Wiener Polenklub und dem galizischen Obersten Nationalkomitee, und es äußert sich mit Bezug auf die voraussichtliche Dauerhaftigkeit der Einigung in skeptischer Weise wie folgt:

„Niemand wird bestreiten, daß nach außen hin dieses Bild des Einvernehmens und der Einigkeit sehr hübsch aussieht, besonders auf galizischem Boden, wo wir bisher an ärgerniserregende Kämpfe, Zänkereien und Streitigkeiten gewöhnt waren. Aber eben dieser plötzliche, wie durch die Berührung mit dem Zauberstabe hervorgerufene Wechsel vermag kritikloses Entzücken bei denen nicht zu wecken, welche die galizischen Verhältnisse allzugut kennen, um nur nach äußeren Lösungen und Formeln zu urteilen, die oft auf leichtgläubige Gemüter berechnet sind.

Die Sozialdemokraten sind dem Polenklub beigetreten. Daß die polnische Sache daraus irgendwelchen Nutzen davontragen wird, daran darf man zweifeln. Allzugut ist der Agitatorentypus des sozialistisch-galizischen Politikers bekannt, als daß man sich von seiner Mitarbeit in der polnischen parlamentarischen Vertretung einen günstigen Einfluß auf die nationale Politik Galiziens versprechen sollte. Die ärgsten Traditionen des revolutionären Doktrinarismus, des Klassenhasses, der Verneinung der nationalen Interessen und der Unterstützung der ruthenischen und jüdischen Elemente gegen die eigenen Landsleute sind seit Jahrzehnten mit der Tätigkeit der galizischen Sozialisten verknüpft. Nichts deutet darauf hin, daß sich in ihren Anschauungen und Handlungen irgend etwas geändert hätte. Im Gegenteil, alle Äußerungen aus diesem Lager und aus dieser Presse bestätigen, daß die galizischen Sozialisten nach wie vor jeder polnischen politischen Ideologie, jedem polnischen Gefühl für die nationalen Pflichten und Aufgaben ganz fremd gegenüberstehen. Von den Sozialisten in dem Polenklub können wir somit nur die Stärkung der hinsichtlich des Charakters ungewissen und mit Bezug auf das politische Denken unklaren Elemente erwarten, an denen es heute schon in dem Polenklub nicht fehlt.

Die ostgalizischen Konservativen sind dem Obersten Nationalkomitee beigetreten. Dieser Beitritt ist allerdings bisher nur beschlossen, aber nicht ausgeführt worden. Der letzte Brief des Vorsitzenden der Zentrumsgruppe, des Fürsten Witold Czartoryski an Herrn Bilinski spricht davon, daß der Beschluß des Beitritts zum Obersten Nationalkomitee in einer Sitzung des Zentrums in Abwesenheit des Fürsten gefaßt worden sei und daß in derselben Sache noch eine Versammlung stattfinden solle. Später wurde mitgeteilt, daß in der Tat die beiden ostgalizischen Parteien, das Zentrum und die Autonomisten, zu neuen Beratungen auf den 9. April einberufen worden seien. Bisher haben wir über das Ergebnis dieser

Beratungen keine Informationen. Dagegen wissen wir, daß die Meinung beachtenswerter Elemente in Galizien die Absicht des Beitritts der ostgalizischen Konservativen zum Obersten Nationalkomitee sehr kritisch beurteilt. Es kann doch niemand behaupten, daß die politische Physiognomie des Obersten Nationalkomitees oder seine Methoden des Handelns, welche so oft in grellem Widerspruch standen zu den Überzeugungen der polnischen Allgemeinheit, irgendwelche Änderungen erfahren hätten. In Galizien selbst machen die gleichen Kreise, welche die bisherige Tätigkeit des Obersten Nationalkomitees für schädlich angesehen haben, insbesondere auch der hohe Klerus, auch heute von ihrer Gegnerschaft gegenüber dem Obersten Nationalkomitee kein Hehl. Was bewog somit die ostgalizischen Konservativen, den Beitritt zum Obersten Nationalkomitee zu beschließen, wodurch sie bei der Unterstützung der erschütterten Autorität des Obersten Nationalkomitees behilflich sind? Sollte die Information wahr sein, wonach die leitenden galizischen Kreise den Podoliern gedroht haben sollen, letztere würden, wenn sie in ihrem Widerstand beharrten, keine Kriegsentschädigung erhalten? Ein solcher Druck würde so manches erklären.

Es sei nun so oder anders, die Ergebnisse der heutigen „Konsolidierung“ werden wir gewiß in kurzem sehen. Nach der Absicht der Politiker des Obersten Nationalkomitees sollte eine im April abzuhaltende Manifestations-Versammlung der erste programmatische Ausdruck der geeinigten galizischen (sie sagen „polnischen“) Politik sein.

Indessen teilt Herr Srokowski in der „Nowa Reforma“ mit großem Bedauern mit, daß in der politischen Kommission des Polenklubs der Antrag auf Aufschiebung dieser Versammlung gestellt worden sei. Herr Srokowski ist deswegen aufrichtig bekümmert, da er es eilig hat, „die Manifestation der nationalen Einigkeit und der moralischen Stärke“ zu verkünden. Wir wissen nicht, welchen Motiven jener Antrag auf Vertagung der April-Versammlung entsprungen ist. Sollten in den einschlägigen Kreisen Zweifel zu erwachen begonnen haben hinsichtlich der Bedeutung und der Ziele dieses Aktes, den Herr Srokowski „die Manifestation der nationalen Einigkeit und der moralischen Stärke“ nennt?...

Aus Nr. 191 des Czas (Krakau)
vom 14. April 1916.

Destruktive Versuche.

Unter dieser Überschrift unterzieht das Krakauer konservative Blatt den vorstehenden Artikel aus Nr. 85 des „Kurjer Poznański“ vom 12. April 1916 folgender scharfen Kritik:

Der ganze vorstehende Artikel ist ein Schuß aus dem Hinterhalt, der um so schmerzhafter verwundet, weil er von Landsleuten mitten ins Herz des nationalen Lagers gezielt worden ist. Er ist dabei eine typische Erscheinung der unheilbaren Wühlerei, welche, in Galizien gebändigt, wenn nicht ganz ausgerottet, gegenwärtig in Großpolen eine augenblickliche Stütze gefunden hat und von dort aus unseren nationalen Organismus mit Hilfe einer publizistischen Aktion, welcher eben so viel guter Wille, als Lüge und Heuchelei anhaften, zu vergiften sucht.

Der „Kurjer Poznański“ ist vor allen Dingen infolge des Beitritts der Sozialisten zum polnischen Klub tief betrübt und beunruhigt. In der Tatsache, in welcher jeder ehrlich denkende und fühlende Pole mit Freuden einen Sieg des nationalen Gedankens sehen muß, erblickt der Verfasser des Artikels einen großen Schaden und eine drohende Gefahr! Es hält schwer, sich mit einer solchen Ideologie auseinanderzusetzen; das großpolnische Blatt sei jedoch daran

erinnert, daß sowohl die Ansprache des Obmanns des Klubs Dr. Bilinski, als auch die Erklärung der sozialistischen Abgeordneten keinen Zweifel über die Beweggründe aufkommen lassen, welche diese letzten bewogen haben, die Reihen unserer Vertreterschaft in Österreich zu stärken. Die polnischen Sozialisten haben sich dadurch sogar den Ausschluß aus der österreichischen sozialistischen Partei zugezogen, wo ihr Entschluß besser verstanden wurde, als in den Kreisen, aus welchen der „Kurjer Poznański“ seine Inspirationen schöpft. Übrigens ist die Verteidigung des Standpunkts der Sozialisten nicht unsere Sache; wir müssen nur feststellen, daß die in dem genannten Artikel des „Kurjer Poznański“ ausgedrückten Anschauungen über diese Angelegenheit vereinzelt dastehen und in der polnischen Volksgesamtheit kein Echo finden werden.

Wenn jedoch diese Beurteilung des Schrittes der Sozialisten die Erscheinung einer falschen Taktik ist, so gehen die Bemerkungen des „Kurjer Poznański“ über den Beitritt der ostgalizischen Konservativen zum Obersten Nationalkomitee schon auf das Gebiet einer Schmähchrift über. Er gibt sehr deutlich zu verstehen, daß der Beitritt nur aus Furcht vor dem Verlust gewisser materieller Vorteile geschehen sei! Es hält schwer, eine schlimmere Perfidie und eine schwerere Verleumdung auszusprechen. Leuten, deren politische Tätigkeit man verschiednen beurteilen kann, aber deren guter Glaube, Uneigennützigkeit und Patriotismus von Niemanden in Zweifel gezogen werden können, wirft der großpolnische Publizist vor, daß sie sich in einer Angelegenheit, welche für die Zukunft der Nation eine Bedeutung ersten Ranges hat, sich von niedrigsten, eigennützigsten Rücksichten leiten ließen; daß sie eines erbärmlichen Gewinns wegen bereit seien, ihre Überzeugungen zu verleugnen, daß man sie zu entscheidenden Schritten durch die Drohung der Entziehung persönlicher Vorteile bewegen könne! Mit welchem Recht, auf welcher Grundlage fällt das Posener Organ solche Urteile über eine ganze Gruppe von im Lande bekannten Personen, deren Vergangenheit zu solchen Insinuationen durch nichts berechtigt? Es ist dies eine Nichtswürdigkeit, für deren Beurteilung kaum Worte zu finden sind, oder eine an Wahnsinn grenzende Verblendung.

Setzt sich doch die Gruppe der ostgalizischen Konservativen und Zentrumsleute aus erfahrenen und politisch geschulten Männern zusammen, welche jede Aktion mit einem Gefühl der Verantwortlichkeit unternehmen und jeden Beschluß erwägen, bevor sie zu seiner Ausführung schreiten. So verfahren sie in Sachen des Beitritts zum Obersten Nationalkomitee, welchem sie schon früher angehörten, dessen Programm, persönliche Zusammenfassung und Art der Tätigkeit ihnen genau bekannt ist, in welchem ihre politischen Freunde aus dem westlichen Teile des Landes ihre Vertreter haben. Wenn sie also einem neuen Beitritt zum Obersten Nationalkomitee zustimmen, so taten sie das in der Überzeugung, daß dies das nationale Interesse und der gegenwärtige Moment erheischen. Ihnen andere Beweggründe zu imputieren, heißt sie für politisch unentwickelte Parteigänger oder für bestechliche Spekulanten halten. Der „Kurjer Poznański“ schiebt hier das eine und das andere unter; alle ehrenhaften Menschen werden diese Verleumdungen so beurteilen, wie sie es verdienen.

Der „Kurjer“ beruft sich jedoch noch auf das Ansehen der katholischen Bischöfe, welche zum Obersten Nationalkomitee angeblich einen kritischen Standpunkt einnehmen. Wir wissen nicht, aus welcher Quelle das großpolnische Organ seine Informationen schöpft, wir glauben aber nicht, daß eine Hineinziehung der kirchlichen Würdenträger, welche ihre hohe Mission von jeglichem Parteihader unbedingt fernhält, in den Strudel leichter und riskanter Polemiken anständig und klug ist.

Die Absichten und Hoffnungen des „Kurjer Poznański“ und seiner Auftraggeber oder Inspiratoren sind ziemlich pervers; sie wollen, wir wissen nicht, ob aus Parteilust oder infolge angeborenen Anarchismus, die unter der Agide des polnischen Klubs und des Obersten Nationalkomitees so glücklich eingeleitete Konsolidation der nationalen Kräfte unmöglich machen oder wenigstens erschweren. Zu welchen Zwecken sie diese Spaltung anstreben, was sie außer einer vorübergehenden Verwirrung durch ihre Agitation zu erreichen beabsichtigen, ist schwer zu verstehen; aber das ist sicher, daß ihre Bestrebungen ohne Erfolg sein werden. Die Zeit ist zu ernst, zu große Interessen kommen in Frage, zu kräftig erwacht ist der nationale Instinkt, als daß die polnische Volksgesamtheit den Einflüsterungen von Winkel-Politikern erliegen sollte, die nicht genügend zivilen Mut haben, um öffentlich hervortreten, aber mit halb ausgesprochenen Verdächtigungen ausgezeichnet zu operieren verstehen und jedermann, welcher an ihre unheilvolle Doktrin des starren Abwartens nicht glauben will, mit einem Hagel von Vorwürfen überschütten.

Es muß einmal mit dieser traurigen Arbeit der vereinigten Apathie und geistigen Engherzigkeit ein Ende gemacht werden, man muß über die sich wiederholenden Versuche, die Volksgesamtheit zu betören, zur Tagesordnung übergehen und, ohne an die vor die Füße geworfenen Steine zu achten, unablässig dem großen Ziele zustreben, welches sich in dem gegenwärtigen geschichtlichen Moment die ganze polnische Nation gesteckt hat.

Aus Nr. 170 der Nowa Gazeta (Warschau)
vom 12. April 1916.

Einzelheiten über die Reise Roman Dmowski's.

Es ist schon bekannt, welchen Weg einer neuen politischen Perfidie Herr Dmowski betreten hat, zu welchem „Schluß“ er gekommen ist, wie sich der „Kurjer Warszawski“ ausdrückt. — Die Verteidigung der Interessen Rußlands kann nach dieser „Schlußfolgerung“ mit den diplomatischen Bestrebungen nach Erlangung... der Unabhängigkeit Polens (!) Hand in Hand gehen. Die Beschützer dieser „Unabhängigkeit“ sollen die russischen Zaren sein. Diese Ausflucht, welche die Merkmale einer politischen Erpressung an sich trägt, kann leichtgläubigen und leichtfertigen Leuten höchst geistreich und für die polnische Frage vorteilhaft erscheinen. Aber dazu darf man die Lust nicht sehen, welche zwischen der ganzen geschichtlichen Zukunft und gegenwärtigen Struktur Rußlands und der Möglichkeit des Bestehens eines unabhängigen Volks unter dem Zeppter der Zaren liegt.

Die Equilibristik Dmowski's ist nur insofern geistreich, als die Meinung kritikloser und politischen Dingen völlig fremder Leute in dieser Aktion ein aufrichtiges Streben nach Erlangung eines unabhängigen Daseins für Polen sehen kann! Alle Schritte Dmowski's stützen sich gerade auf diese politische Unkenntnis der breiteren Allgemeinheit, nicht immer ohne Erfolg, — er hält also an den erprobten Mitteln weiter fest.

Er bereitet sich nach allen verhängnisvollen Fehlern und falschen Prophezeiungen den Boden zu einer Rehabilitation vor. Weil Rußland, auf welches er alle Hoffnungen stützte, den Krieg schimpflich und unwiderruflich verloren hat, also von einem „Maximum“ nationaler Aspirationen, d. i. von einer Autonomie im Rahmen des russischen Staatswesens nicht die Rede sein kann, so muß man eine neue Lösung ausgeben, welche einerseits im Verhältnis

zu Rußland loyal wäre, andererseits die Rolle des Befreiers Polens in seiner Person stärken würde. — Daher: „Die Unabhängigkeit unter dem Zepher des russischen Zaren.“

Dies ist ein einfaches, sogar gewöhnliches Spiel, aber es ist angesichts der immerhin bedeutenden politischen Aufklärung, welche allmählich, aber ständig das Königreich Polen erlangt, nachdem es nicht nur von der Obhut Moskaus, sondern auch von der Suggestion der Dmowski-Leute befreit worden ist, höchst trügerisch.

Nach neuen und ganz bestimmten Informationen reist Herr Roman Dmowski ins Ausland auf Grund des Passes eines diplomatischen Kuriers des russischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten in Begleitung des Grafen Konstantin Plater. Mit den Regierungen anderer Staaten tritt er ausschließlich durch Vermittelung der russischen Botschafter in Beziehungen.

In Lausanne hat eine Versammlung stattgefunden, in welcher Herr Dmowski sein neues, oben gekennzeichnetes politisches Programm vorgetragen hat. In dieser Versammlung fand ein heftiger Zusammenstoß des Herrn Dmowski mit Herrn Johannes Rucharszewski statt, welcher ihm Demoralisierung der Nation vorwarf. Nach Lausanne war Herr Dmowski zwei Mal gereist. Das zweite Mal traf er dort schon die ihn erwartenden Teilnehmer der zweiten Versammlung an, zu welcher eigens gekommen waren: der Majoratsbesitzer Graf Mauritius Zamoycki aus Petersburg und Fürst Witold Czartoryski aus Wien. Anwesend waren außerdem Redakteur Seyda, Erasmus Pilz und Graf Alexander Skarbek, der berühmte Abtrünnige, der als ehemaliges Mitglied und Vertreter des Obersten Nationalkomitees die Ostlegion eigenmächtig aufgelöst hat. Die Versammlung war streng geheim gehalten worden, es ist jedoch ganz bestimmt bekannt, daß irgendeine Pseudo-Unabhängigkeits-Erklärung beschlossen wurde. Erst dann, als trotz allem die Nachricht von der Zusammenkunft nach Krakau gelangt war, wurde in der „Gazette de Lausanne“ die Mitteilung veröffentlicht, daß die Lausanner polnische Versammlung ausschließlich — die Versorgung des Landes zum Gegenstand gehabt hat.

Nach einmütigen Informationen hat Dmowski in der Versammlung in Lausanne erklärt, daß ihn die maßgebenden (?) polnischen Faktoren aus allen drei Teilgebieten (!) zu seiner politischen Tätigkeit ermächtigt hätten. Fürst Witold Czartoryski hielt er für einen Vertreter (!) der polnischen leitenden Kreise in Österreich (welch unverächtete Verteilung von Titeln!), Graf Konstantin Plater selbst aber ist Vertreter des Nationalkomitees, welches seinen Sitz in Petersburg hat.

Weiter dauert also voll und ganz die unerhörte Usurpation von Leuten, die sich das „Nationalkomitee“ geschaffen haben, um russischen Generalen Geschenke zu machen und ähnliche „politische Akte“ zu vollziehen, die schon während der Anwesenheit dieses Komitees in Warschau die ganze polnische Volksgesamtheit verspottete und auslachte!

Herr Dmowski führte weiter aus, daß das Königreich Polen, weil es keine andere, neue nationale Organisation geschaffen habe, damit (? ?) das Nationalkomitee in Petersburg zur weiteren Betätigung ermächtigt habe. Hier haben wir einen neuen Beweis, wie unentbehrlich der schon bekannte Protest der Vertreter einer Reihe von politischen Gruppen und Parteien in Warschau gegen diese Usurpation war.

In der genannten Zusammenkunft in Lausanne verwandelte sich Herr Dmowski, indem er, wie er behauptet, sich auf die Ermächtigung zu seiner Aktion durch die maßgebenden Faktoren stützt, aus der vorher be-

wahrten Rolle nur eines Kuriers des russischen Ministeriums in einen Vertreter der nationalen Politik!

Wie schon festgestellt worden ist, waren alle Bemühungen des Herrn Dmowski, breitere und angesehene Kreise der Polen in der Schweiz für seine Aktion zu gewinnen, völlig vergeblich. Alle seine Versuche gingen nicht über die Kreise der Herren Pilz und Seyda sowie einen kleinen Kreis der Aristokratie hinaus. Der Geistliche Gralewski, welcher dort eingetroffen war, um eine allgemeine polnische Konsolidation in der Schweiz zustande zu bringen, hat gegenwärtig infolge der Anwesenheit des Herrn Dmowski alle Versuche, Beziehungen mit dem extremen Lager der Freunde Rußlands anzuknüpfen, eingestellt.

Es ist auch mit Sicherheit bekannt, daß man, sowohl in der „Foreign Office“, als auch in der Redaktion der Times Herrn Dmowski sehr deutlich merken ließ, daß man mit ihm nicht rechnet, daß man, wenn man mit irgend jemand im Auftrage der russischen Regierung sprechen wolle, maßgebendere Personen vorziehe.

Trotzdem soll sich Herr Dmowski für immer in London niederlassen, wo auch Graf Mauritius Zamoycki einen politischen Salon zu eröffnen beabsichtigt (er, der nebenbei bemerkt, von der russischen Regierung unlängst einen Betrag von ungefähr 1/2 Million Rubel als Entschädigung für Requisitionen auf seinen Gütern erhalten hat). Die Kasse des Herrn Mauritius Zamoycki ist sicherlich die finanzielle Grundlage der ganzen Aktion des Herrn Dmowski im Ausland.

Soviel vorläufig über diese Aktion, welche wir in dem Maße der eingehenden Informationen zu demarkieren nicht aufhören werden.

J. W.

Aus Nr. 458 des Wiedeński Kurjer Polski (Wien) vom 1. April 1916.

England in dem Verhältnis zur polnischen Frage.

In einigen Kreisen unserer Volksgesamtheit herrscht bis zum heutigen Tage die Überzeugung, daß Rußland, falls es in diesem gigantischen Kriege Sieger bleibt, von England gezwungen werden wird, Polen weitgehende Freiheiten einzuräumen.

Es wird nicht unangebracht sein, sich mit dem Verhältnis Englands zur polnischen Frage sachlich zu beschäftigen.

Die Geschichte des polnischen Volkes nach den Teilungen sowie die englische politische Publizistik stellen die eine Tatsache fest: Das mächtige Großbritannien hatte die polnischen Erhebungen nur deshalb unterstützt, um die Trümmer, vor allen Dingen aber die kostbare Zeit in seinem eigenen diplomatischen Spiele zu gewinnen, das die Schwächung der schon bestehenden großen staatlichen Organismen in Europa zum Zweck hat. England rief in Europa Kleinstaaten nur in solchen Fällen ins Leben, wenn sie Rußland in Schach halten konnten, welches danach trachtete, Indien, zuletzt auch Persien und Tibet zu beherrschen.

In Europa selbst hatte und hat England, nachdem es für sich nach Indien eine prächtige Straße mit Kohlenstationen und den beiden Punkten Gibraltar und Suez geschaffen, hinsichtlich territorialer Eroberungen nicht viel zu engagieren. Überhaupt ist die Politik Englands eine Politik des ganzen Erdkreises, nicht bloß eine Politik des europäischen Rußlands. Daher wäre eine Entstehung Polens, eines neugebildeten mächtigen Staates, welcher folgerichtig nach Erwerbung außereuropäischer Kolonien trachten würde, England sehr unangenehm.

Haben doch die bitteren Erfahrungen, die England im Jahre 1870 mit Deutschland gemacht hat, dieses überzeugt, daß das mächtige geeinigte Reich in Europa auf dem Gebiete des Welt Handels ein ernstster Konkurrent ist. Das geeinigte Italien, welches kaum

ein Viertel Jahrhundert als europäischer Staat besteht, gibt zu erkennen, daß der innere Wohlstand eines Volkes, besonders eines Volkes, das Zutritt zum Meere besitzt, zum großen Teil von seiner überseeischen Expansion abhängig ist.

Ein sehr klassisches Beispiel in dieser Hinsicht ist Belgien. Belgien, welches ungefähr die Einwohnerzahl Londons hat und sich nur ungefähr 45 Kilometer an der europäischen Seeküste ausdehnt, hat in sehr kurzer Zeit eine ausgedehnte Kolonie in Afrika verschlungen. Kongo ist 84 mal so groß als das Mutterland Belgien und hat 14 mal soviel Einwohner als die gesamte Metropole in Europa. Welche für England sehr erschreckende Ausichten eröffnen sich mit Polen, welches vereinigt und mit einem Zutritt zur See einen größeren Staat bilden wird als Deutschland!

Man darf sich also nicht wundern, daß England mit der ganzen Kraft seiner staatlichen Macht sich der Entwicklung des polnischen Aufstandes im Jahre 1863 widersetzte, indem es die Gestellung von Transportschiffen zur Hinübersetzung von 200 000 Schweden auf russisches Gebiet in demselben Jahre entschieden verweigerte. Siehe den „vertraulichen Schriftwechsel“ der englischen Regierung, welcher im Jahre 1912 bei T. Filipowlja in Paris veröffentlicht wurde und sich nun in der Krakauer Akademie der Wissenschaften befindet.

Man hätte den Gesichtsausdruck des Herzogs Connaught voller Mißbehagen und Verlegenheit sehen sollen, als in einer harmlosen Zusammenkunft der Staats in Birmingham die polnische Staatsabteilung ihre nationale Sonderstellung hervorhob.

Eine sehr unbedeutende, aber charakteristische Episode. Nehmen wir jetzt einmal den „The Times“, „The Morning Post“, die sämtlichen Londoner „News“ und „Express“ zur Hand. Alle diese Zeitungen widmeten ganze Spalten der größtenteils erfundenen Schilderung der von den Verbündetenheeren verübten Grausamkeiten und der entnationalisierenden Politik Deutschlands, erwähnten aber mit keiner Silbe die Wirtschaft der Russen in Ost-Galizien.

Darf man ein noch deutlicheres Zeugnis der englischen Sympathien für die polnische Frage erwarten!?

M. Dambrowska.

Aus Nr. 87 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)
vom 15. April 1916.

Ein Bulgare über die polnische Frage.

Der in der slawischen Welt bekannte Professor an der Hochschule zu Sofia, Dr. Conew, veröffentlichte in dem russophilen Organ „Mir“ und — was besonders charakteristisch ist — auch in dem bulgarischen amtlichen Blatte „Echo de Bulgarie“ einen beachtenswerten Artikel unter dem Titel „Das polnische Jarentum“.

Er hebt die Verblendung Rußlands hervor, das den Gedanken des Staatstums mit Gewalt zu unter-

drücken versuchte und auf diese Weise Polen unter die Obhut Österreichs und Deutschlands brachte. Heute sind diese Staaten die Befreier aus dem russischen Joche. Wie weit sie mit der Anerkennung des Rechts und des Wertes des polnischen Elementes gehen, beweist am besten der Umstand, daß in Österreich die direkte Erlaubnis zur selbständigen militärischen Organisation der Polen gegeben worden ist. Hierin erblickt Professor Conew die höchste politische Errungenschaft der Polen. Dasselbst harret ihrer auch die größte Aufgabe für ihre zukünftige, selbständige Existenz.

Bezüglich der Ansicht und des Mitgefühls der Bulgaren für die polnische Sache sagt er wörtlich folgendes: „Wir Bulgaren, die wir am besten wissen, was ein Zerreißen des Vaterlandes und eine fremde Regierung bedeuten, wir, die wir als Freie stets Anteil genommen haben an dem unglücklichen Schicksale Polens, begrüßen auch heute mit Freuden die Morgenröte der politischen Selbständigkeit Polens und wünschen von ganzem Herzen, daß die Selbständigkeit in kürzester Zeit sich verwirklichen möge. Nicht nur aus dem Gefühl der Stammesverwandtschaft, oder vom menschlichen Standpunkte aus wünschen wir dies unseren polnischen Brüdern, sondern weil eine höhere Gerechtigkeit verlangt, daß ein Volk von 20 Millionen, das der menschlichen Kultur soviel hervorragende Söhne gab, das Recht auf eine Selbstverwaltung im Vaterlande hat.“

Aus Nr. 86 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 13. April 1916.

Das „Polnische Komitee“ in Stockholm.

(Auszugsweise.)

Polen, die sich gegenwärtig in Schweden aufhalten, haben in Stockholm ein „Polnisches Komitee“ gebildet, dessen Tätigkeit sich auf die ganze skandinavische Halbinsel erstrecken soll.

Nach den Statuten steht das Komitee jedweder Politik fern. Es hat sich als Ziel gesetzt:

Die Korrespondenz zwischen den Polen aller Länder und den Polen, die in den von den kriegsführenden Mächten besetzten Gebieten wohnen, zu vermitteln,

nach Maßgabe der Bedürfnisse und der eigenen Mittel, die Polen, die sich in Schweden aufhalten, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, materiell zu unterstützen und

in der Aktion der Bereitstellung von Lebensmitteln für die polnische Bevölkerung in der Heimat behilflich zu sein.

Neben diesen Aufgaben will das „Polnische Komitee“ eine Fürsorgetätigkeit über die in Skandinavien sich aufhaltende polnische arbeitende Bevölkerung ausüben.

Die Arbeit nach dieser Richtung hin erachtet das Komitee als besonders wichtig.

Adresse: „Polnisches Komitee“, Stockholm Wallingatan 28.